

KLARTEXT

Sozialistische Monatszeitung für
Rostock und den Landkreis Rostock

DIE LINKE.

Nr. 218 - 23. Jahrgang

April 2016

Spendenbeitrag 80 Cent

JETZT ERST RECHT!

**Für einen gesellschaftlichen
Aufbruch gegen soziale Kälte
und Rassismus**

**In einer gemeinsamen Erklärung der
Vorsitzenden der Partei DIE LINKE,
Katja Kipping und Bernd Riexinger,
und der Vorsitzenden der Fraktion,
Sahra Wagenknecht und Dietmar
Bartsch, fordern diese einen gesellschaftlichen
Aufbruch gegen soziale
Kälte und Rassismus. Sie erklären:**

Die Landtagswahlen stellen eine Zäsur in der politischen Landschaft dar. Der Aufstieg der AfD in Deutschland und die Zunahme von Rassismus und Demokratieverachtung in ganz Europa sind Ergebnis der Unsicherheit, Hoffnungslosigkeit und Wut, welche die Umverteilung des Reichtums von unten nach oben überall hinterlassen hat. Der Mangel an bezahlbaren Wohnungen und guten Jobs, die Reduktion der Demokratie auf die Verwaltung von Sachzwängen sind der Nährboden, auf dem der rechte Kulturkampf gedeiht. Die schrittweise Übernahme rechter Positionen wie die von der Großen Koalition beschlossenen jüngsten Einschränkungen des Asylrechts, stärken nur die Rechten

und tragen zur Aushöhlung des Grundgesetzes und der Demokratie bei.

Am Wahltag hat die sozial ignorante Politik der Großen Koalition eine deutliche Absage bekommen. Als LINKE bleiben wir dabei: Wir kämpfen für soziale Gerechtigkeit, gegen neoliberale Kürzungspolitik und Rassismus. Unsere Verbündeten sind

Jetzt erst recht! DIE LINKE.

Gemeinsam gegen Rassismus und rechte Hetze.
mitglied-werden.die-linke.de

deshalb nicht die Akteure, die durch ihre Politik die Umverteilung von unten nach oben betrieben haben, deren Politik für die Fluchtursachen mitverantwortlich ist und die monatelang die Krisenstimmung in der Bevölkerung geschürt haben, weil sie sich geweigert haben, bestehende Haushaltsüberschüsse zur menschenwürdigen Bewältigung der großen Zahl von Flüchtlingen zu verwenden.

Als LINKE gehen wir in die konsequente

Auseinandersetzung gegen rechts und werden die Erfahrungen dieser Wahlen für einen neuen Aufbruch nutzen. Wir sind die Partei, die Erwerbslosen und Beschäftigten, denjenigen, die sich schlecht bezahlt von Job zu Job hangeln müssen und die von Altersarmut bedroht sind, tatsächliche Angebote macht: für einen höheren und ausnahmslosen Mindestlohn, für eine menschenwürdige sanktionsfreie Mindestsicherung, für sichere Arbeit und höhere Löhne, für bezahlbaren Wohnraum und Renten, von denen man gut leben kann. Wir laden alle Menschen ein, sich mit uns gegen diesen Rechtsruck in der Gesellschaft zu stellen! Wer verhindern will, dass sich die Menschen weiter gegen einander ausspielen lassen, muss anfangen, die Bedingungen zu ändern, die der Spaltung, dem Zynismus und dem Hass in die Hände spielen. Der Kampf für soziale Gerechtigkeit und gegen Rassismus gehört zusammen. Es geht deswegen jetzt um eine Bewegung auf den Straßen, in den Stadtteilen, auf dem Land - für eine solidarische Gesellschaft für alle. Für eine Zukunft, für die es sich lohnt zu kämpfen und eine Demokratie, die wieder begeistern kann.



Auf dem Rostocker Kreisparteitag wurde ein neuer Kreisvorstand gewählt
Mehr dazu auf der Seite 3



Eine neue Gedenktafel für Rosa
Luxemburg in Graal-Müritz
Mehr dazu auf Seite 6



Die Rostocker Bürgerinitiativen
vernetzen sich - Wir sind dabei
Mehr dazu auf der Seite 8

In dieser Ausgabe

Seite 2: Kreisvorstand LRO
Seite 3: Kreisparteitag HRO
Seite 4/5: Landtagswahlen
Seite 6: Rosa Luxemburg
Seite 6/7: Peter Georgi
Seite 8: Bürgerinitiativen
Seite 9: Altenparlament

Seite 9: Dorothee Barndt
Seite 10: Barrierefreies Bauen
Seite 11: Kurt Dunkelmann
Seite 12: Kuba-Reise
Seite 13: Frauentag
Seite 14/15: 70 J. OdF-Denkmal
Seite 16: Studentisches Wohnen

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser, die Wahlerfolge der AfD stellen für unsere Partei eine große Herausforderung dar. Die Auseinandersetzung mit Programmatik und Personal dieser Partei soll auch im KLARTEXT stattfinden. Zwei Artikel sollen den Auftakt darstellen. Wir wollen über den wahren Charakter der AfD aufklären, aber auch die innerparteiliche Diskussion über strategische Antworten auf diese Herausforderung befördern.

Die AfD macht Stimmung gegen die sogenannten „Altparteien“, zu denen auch wir gezählt werden. Auch DIE LINKE muss sich ständig erneuern – darin hat sie auch genug Erfahrung –, um den Kontakt zur Bevölkerung nicht zu verlieren. Dazu lest bitte den Artikel von Katharina Schlaack auf Seite 8 über die Vernetzung der Rostocker Bürgerinitiativen. Die Verankerung

in den Kommunen war stets die Stärke der LINKEN. Der Schulterschluss mit Bürgerinitiativen – nicht ihre Vereinnahmung – ist ein wirksames Mittel gegen die Politik- und Demokratieverdrossenheit der Menschen. Auf Seite 9 findet Ihr eine Einladung unserer Genossin Dorothee Barndt aus Lütten-Klein zu einer weiteren Benefizveranstaltung im Rostocker Rathaus. Vielleicht findet sie Euer Interesse. Auf Seite 12 berichtet Günter Althaus zum ersten Mal über seine längere Kuba-Reise. Weitere Eindrücke folgen. Der dritte Teil der Einführung in das „Kapital“ von Marx erscheint in der nächsten Ausgabe.

Wir sehen uns am 1. Mai!

Viel Vergnügen beim Lesen des KLARTEXT wünschen Euch Carsten Penzlin und die Redaktion.



Selbstverständlich wird die rechtsextremistische Ideologie mit einem NPD-Verbot nicht einfach aus Deutschland und M-V verschwinden.

Selbstverständlich ist eine offene politische Auseinandersetzung mit den nationalistischen, rassistischen und antisemitischen Parolen, sind Aufklärung und Prävention weiterhin dringend erforderlich.

Alle Demokratinnen und Demokraten müssen sich verstärkt den menschen- und demokratiefeindlichen Auffassungen entgegenstellen.

Daher gilt weiterhin: Nazis raus: aus den Köpfen!

KLARTEXT online

Aufruf der Landesarbeitsgemeinschaft Soziales

Das Wahlergebnis in den drei Bundesländern am 13.03.2016 hat auch mich schwer erschüttert. Die vom Wähler der Linkspartei zugetrauten Kompetenzen und die Prioritäten, die unsere Partei setzt, klaffen meiner Meinung nach weit auseinander.

Das mangelhafte Interesse an den brennenden sozialen Themen im Lande ist vielfach darauf zurückzuführen, dass ständig andere Themen als wichtig erkannt werden. Dabei kommt unsere Kernkompetenz des Einsatzes unter anderem für die Langzeitarbeitslosen, die prekär Beschäftigten, die Rentner, die von den bisherigen Volksparteien Enttäuschten, die unter inhumanen Arbeitsbedingungen leidenden Arbeitnehmer in M-V u.v.a. nicht ausreichend zum Tragen.

Die fehlende soziale und humane Gerechtigkeit in der Gegenwart gepaart mit unsozialen Gesetzen muss entschiedener bekämpft werden und darf in un-

serer Partei nicht zu kurz kommen!

Um einen Beitrag zum Wechsel im Denken und Handeln bis zur Landtagswahl herbeizuführen, brauche ich klare Positionen in und aus der LAG Soziales und weitere Mitstreiter. Ich möchte alle Leser dieser Zeilen, die an der Arbeit der LAG Soziales interessiert sind und als Multiplikator der wichtigen sozialen Themen wirken möchten, bitten ihre Bereitschaft zu einer Mitarbeit unter lgst@die-linke-mv.de mitzuteilen.

Oder schaut einfach bei unserer nächsten Zusammenkunft vorbei am 27.05.2016 in der Kreisgeschäftsstelle Rostock in der Kröpeliner Straße 24 (Eingang Rungestraße).

Gudrun Pach, Sprecherin der LAG Soziales

Eventuell muss man irgendwann aufhören, den ganzen Tag politisch engagiert auf dem Sofa zu sitzen.

Aus dem Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock

Der Kreisvorstand des Landkreises Rostock traf sich am 16. März zu seiner planmäßigen Sitzung im Hotel „Ziegenkrug“ in Lambrechtshagen. Auf der Tagesordnung standen neben einer notwendigen Änderung der Regularien die inhaltliche Befassung mit Schwerpunkten unseres Landtagswahlprogramm-Entwurfes sowie die praktische Umsetzung unseres derzeitigen Kampagne-Themas „Das muss drin sein: – mehr Personal für Pflege und Gesundheit“. Zum Gliederungspunkt III unseres Landtagswahlprogramms „Fürs Leben lernen“ führte Genosse Professor Dr. Hans-Dieter Sill ins Thema ein. Die anschließende Diskussion zeigte die Notwendigkeit, gezielt über einzelne Schwerpunkte zu sprechen, um zum Einen unsere konkreten Forderungen herauszuarbeiten und zum Anderen die „Wahlkämpfer“ mit den erforderlichen Argumenten auszurüsten. Der Kreisvorstand fasste den Beschluss (weil nach den Wahlen auch immer vor den Wahlen sein wird!), das Wahlprogramm unserer Landespartei in den nächsten 5 Jahren als ständigen Tagesordnungspunkt auf die Agenda der KV-Sitzungen zu setzen und seine Umsetzung punktuell zu diskutieren.

Die Mitglieder des Kreisvorstandes waren sich darüber einig, dass unsere Kampagne nur erfolgreich sein kann, wenn man sich zum Thema sachkundig macht und die richtige Klientel anspricht. Genau deshalb vereinbarten wir einen Termin beim Einrichtungsleiter des Johanniterhauses Bad Doberan, Herrn Jochen Arenz, für Dienstag den 22. März. Am konkreten Beispiel will sich der Kreisvorstand informieren und danach gezielte Aktionen vorbereiten.

Unser Kreisvorstand trat dem Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus – deine Stimme gegen rechte Hetze!“ bei. Dieses Bündnis ruft Einzelpersonen und Organisationen dazu auf, sich anzuschließen und sich regional und lokal im Kampf gegen Rechts zu vernetzen. (www.aufstehen-gegen-rassismus.de) Das Bündnis will künftig gemeinsam öffentlichkeitswirksame Aktionen organisieren und damit deutlich sichtbare Zeichen gegen Rassismus und rechte Hetze setzen und es will möglichst viele Menschen mit Argumenten versorgen. Dazu werden wir auch unsere Mitgliedschaft im Bad Doberaner Aktionsbündnis „Für Frieden, Arbeit und soziale Gerechtigkeit“, das seit März 1997 besteht, nutzen. Abschließend informierte Peter Hörnig über die Gründung der „Bad Doberaner Tafel“ am 25. Februar. Die Tafel soll den Wegfall des „Bad Doberaner Brotkorbes“ kompensieren, der bis zum Ende des letzten Jahres monatlich über 800 Menschen mit zusätzlichen Nahrungsmitteln versorgt hat. Der Vorstand fasste den Beschluss, dass der Kreisverband unserer Partei Mitglied der „Bad Doberaner Tafel i. G.“ wird. *Berichterstatte: Peter Hörnig*

Volles Haus beim Rostocker Kreisparteitag

Am 5.3. trafen sich die Rostocker Genoss*innen zum Kreisparteitag. Auf der Tagesordnung stand u.a. die Bilanz der Arbeit des Kreisverbandes in den beiden vergangenen Jahren. Der Kreisvorsitzende Carsten Penzlin zog eine positive Bilanz. Bei der Kommunalwahl 2014 konnte DIE LINKE ihre Position als stärkste politische Kraft in Rostock ausbauen. Mit Wolfgang Nitzsche stellen wir den Präsidenten der Bürgerschaft, mit Steffen Bockhahn einen Senator. Das Parteileben ist vielfältig, auch wenn leider viele Angebote nur unzureichend genutzt wurden. Der Kampf für das Volkstheater und gegen rechte Umtriebe gehörte zu den Schwerpunkten der politischen Arbeit. Dabei ist die Geschlossenheit des Kreisverbandes seine große Stärke, betonte der Kreisvorsitzende.

Unsere Schatzmeisterin Marlis Schröder konnte trotz sinkender Mitgliederzahlen Positives über den Haushalt des

Abstimmung über die Kulturpolitik der SPD machen. Eva freut sich jedenfalls auf den Wahlkampf.

Unser Sozialsenator Steffen Bockhahn be-



richtete aus seiner Arbeit. Er legte seine Haltung zur 24-Stunden-Kita dar und warnte davor, die maximale Verwertbarkeit der Arbeitskraft ins Zentrum der Diskussion zu rücken. Das Kindeswohl sei wichtiger. Geeignete Betreuungsmöglichkeiten müsse es trotzdem geben. Die Lage der Flüchtlinge in Rostock wird durch den Mangel an bezahlbarem Wohnraum erschwert. Steffen verwies aber auf die hilfreiche Rolle der WiRo.

Nach der Generaldebatte wurde gewählt. Eva-Maria Kröger und Carsten Penzlin wurden als Kreisvorsitzende bestätigt. Elke Friedl und Christian Albrecht sind weiterhin ihre Stellvertreter. Marlis Schröder bleibt Kreisschatzmeisterin. Im Kreisvorstand arbeiten mit: Ben Baumann, Wolfgang Bergt, Nico Burmeister, Holm Dietz, Margit Glasow, Marie Guskowski (16 J.) sowie Katharina Schlaack. Delegierte zum Bundesparteitag sind Tini Ernst, Eva-Maria Kröger und Angela Pfefferkorn, Nico Burmeister, Hans-Jürgen Donner und Sandro Smolka. Mitglieder der Finanzrevisionskommission sind Hans-Jürgen Donner, Sa-

der kommenden KLARTEXT-Ausgaben in Gänze abdrucken. Auf dem Kreisparteitag sammelten die Delegierten Stichpunkte für die Diskussion über das Wahlprogramm und leisteten Vorarbeit zu den beiden Programmwerkstätten, die dann allerdings schwach besucht waren. Sicherlich wird das Interesse an der Debatte über Änderungsanträge zum Entwurf des Wahlprogramms größer sein.

Text: Carsten Penzlin; Fotos: Nico Burmeister (2), Sandro Smolka (1)

Hier noch ein nachträglicher Diskussionsbeitrag für den 5. Kreisparteitag von Jürgen Hähnel (Lütten-Klein):

Vorn auf dem Transparent steht „Es sind die Verhältnisse, die wir ändern müssen.“ Mit Eurer Erlaubnis verändere ich diesen Spruch. „Es ist die Gesellschaftsordnung, die wir verändern müssen.“ Warum? Seit meinem 18. Lebensjahr bin ich Mitglied unserer Partei. Jetzt bin ich 72 Jahre alt. Ich habe also alle Höhen und Tiefen in den Jahren des Anfangs und die jähen Veränderungen nach der Wende mitgemacht. Ich habe demzufolge auch viele Parteiversammlungen besucht. Es zieht sich über die vielen Jahre - wie ein roter Faden durch unsere Beiträge und Diskussionen. **Wir müssen ..., Wir wollen ..., Wir werden ...** In einer Opposition kann das wohl auch nicht anders sein.

Die Gesellschaftsordnung, in der wir jetzt leben, nennt sich „soziale Marktwirtschaft“. Das Wort soziale Marktwirtschaft ist die Umschreibung oder das Pseudonym für das Wort Kapitalismus. Also, wir leben im Kapitalismus. Der Kapitalismus definiert sich nur über das Geld. Und er kann auch nicht anders, weil er bei Strafe seines Untergangs sich auch nicht ändern darf. Überall dort, wo wir mit unseren politischen Forderungen und Wünschen an das Geld des Kapitals herangehen, stoßen wir auf heftige Kritik und Ablehnung. An dieser Hürde werden wir aber immer und immer wieder scheitern, solange das Kapital die herrschende Macht besitzt.

Parteien und Organisationen sind in ihren Entwicklungen und Werdegängen an das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland gebunden. Wenn wir also die Gesellschaftsordnung ändern wollen, verstoßen wir gegen das Grundgesetz. Und schon sind wir eine staatsfeindliche Organisation und werden erst verfolgt und dann verboten. Wir bewegen uns also in einem Teufelskreis.

In Thüringen hat die LINKE mit dem Genossen Ramelow die Landesregierung übernommen. Aber auch hier herrscht der Kapitalismus. Die LINKE kann nur mehr soziale Gerechtigkeit einfordern. Mehr nicht.



Marie und Katharina

Kreisverbandes verkünden und verband dies mit einem Dank an die fleißigen Beitragzahler*innen und Spender*innen. Eva-Maria Kröger, Kreis- und Fraktionsvorsitzende, berichtete aus der Kommunalpolitik. In der Bürgerschaft zeichnet sich der kommende Landtagswahlkampf ab. Gute Vorhaben werden blockiert, der Ton wird rauer. DIE LINKE macht sich für mehr Bürgerbeteiligung stark. So möchten wir über die Bebauung der Nordkante des Neuen Marktes in einem Bürgerentscheid abstimmen lassen. In den kommenden Jahren wird uns das Thema Altersarmut stärker beschäftigen. Die Zahl der Über-80-jährigen wird in den nächsten 10 Jahren um 45% steigen. Besonders zermürend ist das Hin und Her um das Theater. Wir wollen die Landtagswahl auch zu einer



Doppelspitze

rah Bobrowski und Merve Hähnel. Die Delegierten verabschiedeten einstimmig den Leitantrag des Kreisvorstandes, in dem jene Themen definiert werden, die aus Rostocker Sicht von besonderer Bedeutung für das Landtagswahlprogramm sind. Wir werden den Leitantrag in einer

Drei Bundesländer haben gewählt - Ergebnisse und Erkenntnisse

Die Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt liegen einige Wochen zurück. Zeit für eine sachliche Analyse der Wahlergebnisse im Hinblick auf DIE LINKE und die AfD.

DIE LINKE kann mit ihrem Abschneiden nicht zufrieden sein. Die West-LINKE konnte – wie schon bei den hessischen Kommunalwahlen – in Großstädten Achtungserfolge erzielen. In Freiburg steigerte man das Ergebnis von 4,6 auf 8,4%. Diese positiven Ansätze wurden aber durch eine Schwäche in ländlichen Regionen zunichte gemacht.

Der Traum von einem zweiten linken Ministerpräsidenten ist in Sachsen-Anhalt geplatzt. DIE LINKE verlor ein Drittel der Stimmanteile und ist unter das Niveau von 1994 gefallen. Keine Wechselstimmung, schlechte bundespolitische Rahmenbedingungen, schlechte Umfragewerte für den Spitzenkandidaten – das wurde als Ursache identifiziert.

Das Thema Flüchtlinge überlagerte alle anderen Themen. Nur in Sachsen-Anhalt lehnte eine Umfrage-Mehrheit die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung ab. Unserer Partei wurde wenig Kompetenz in der Flüchtlingsfrage zugesprochen. Nur 10% der Wähler sprach der LINKEN die größte Kompetenz zu, der AfD 21% (Werte für Sachsen-Anhalt). Bundesweit glauben nur 2 Prozent der Menschen, dass DIE LINKE die „Flüchtlingskrise“ am ehesten in den Griff bekommen könnte. Ein Hinweis darauf, dass viele LINKE-Wähler unsere Haltung in der Flüchtlingsfrage (offene Grenzen für Menschen in Not) nicht teilen. Das ist schon länger so, war aber erst jetzt wahlentscheidend.

Wer wählte DIE LINKE? Im Westen vor allem Jüngere (was Hoffnung für die Zukunft gibt), im Osten vor allem Ältere. Arbeiter, Angestellte und Beamte sind gleichmäßig vertreten. Gleiches sieht man bei den Bildungsabschlüssen, wobei Akademiker überrepräsentiert sind.

Der Erfolg der AfD war und ist für viele ein Schock. In Sachsen-Anhalt gewann die AfD 15 Direktmandate. Sie war also in vielen Wahlkreisen die stärkste Kraft.

Arbeiter und Arbeitslose waren in allen drei Ländern Garanten des AfD-Erfolges. In BaWü und Sachsen-Anhalt war die AfD in diesen Gruppen die stärkste Partei! Frauen und Akademiker sind deutlich unterrepräsentiert.

Der Wahlkampf der AfD appellierte an die Ängste vieler Menschen vor Überfremdung, Islamisierung, Kriminalität. Horrors-

zenarien wurden an die Wand gemalt und unterstellt, dass der Staat nicht mehr fähig sei, seine Bürger zu schützen. Spätestens die Ereignisse von Köln schienen dies zu belegen. Die Scheinlösungen der AfD kamen der Sehnsucht nach einfachen Antworten auf komplexe Probleme entgegen. Die Probleme der Welt durch geschlossene Grenzen von Deutschland fernhalten – so einfach ist das. Erfolgreich war auch die Ansprache eines ungesunden Patriotismus, der vor allem auf Abgrenzung setzte (Warnung vor dem „Volkstod“). In Sachsen-Anhalt kam hinzu, dass sich die AfD als „Partei des sozialen Friedens“ präsentierte (sichere Arbeitsplätze, mehr Kita-Plätze, etc.).



Die Stimmabgabe für die AfD war Protestwahl und Überzeugungswahl zugleich. Fast zwei Drittel der AfD-Wähler zeigten ihre Enttäuschung über die etablierten Parteien. Das schloss DIE LINKE mit ein. Auch sie verlor in allen drei Ländern viele Wähler an die Rechten. Für diese Wähler war die AfD als Protestpartei glaubwürdiger. In großem Stil gelang der AfD, was der Linkspartei schon lange kaum noch gelingt, auch nicht bei dieser Wahl: In Scharen strömten bisherige Nichtwähler in die Wahllokale. Nicht linke, sondern rechte Parolen mobilisierten die Unzufriedenen. Eine bittere Erkenntnis. Es ging eben nicht nur darum, denen da oben einen Denkmittel zu verpassen, stattdessen gab es auch eine große Zustimmung zu den AfD-Positionen in der Flüchtlingspolitik. In Krisenzeiten rückt die Gesellschaft nach rechts. Man will das

bewahren, was einem noch geblieben ist. Der Status quo ist besser als jede Veränderung, denn es könnte ja noch schlechter werden. Diese Angst ist seit langem ein bedeutender Grund dafür, dass DIE LINKE „ihre“ Klientel, die sozial Benachteiligten, nicht für sich mobilisieren kann.

Die Rechten brauchen für ihren Erfolg keine Weltwirtschaftskrise wie 1933. Eine wesentliche Ursache des AfD-Erfolges sind vielmehr Entsolidarisierung und soziale Verunsicherung, die sich seit Jahren in der Gesellschaft breit gemacht haben. CDU/CSU und SPD haben diesen Trend entscheidend befördert – die Folgen bekommen nun die Flüchtlinge zu spüren, die von den Armen als Konkurrenten um Jobs, Wohnungen, Lebensmittel bei der Tafel wahrgenommen werden. Auch die Mittelschicht mit ihren wachsenden Abstiegängsten fühlt sich ohnmächtig und sucht nach Sündenböcken. Die Herrschenden werden nicht mehr als Sachwalter der Interessen des kleinen Mannes gesehen. Das ist immer ein Problem, wie die Geschichte zeigt. Die AfD greift diese Ängste auf und hat bislang erfolgreich verschleiert, dass sie in ihrem Programm die Interessen der sozial Benachteiligten verrät.

Erklärt der soziale Ansatz das 15%-Wahlergebnis der AfD im florierenden Baden-Württemberg? Neben den sozialen Abstiegängsten ist der Fremdenhass die wesentliche Ursache für den AfD-Erfolg. Es gibt in Deutschland ein stabiles rechts-extremes Milieu (etwa 15% der Bevölkerung). In anderen europäischen Ländern ist dieses Milieu längst in den Parlamenten verankert. Diese Entwicklung holt unser Land nun nach. Für viele war die NPD nie wählbar. Die AfD in ihrem Schafspelz ist es. Im Osten mehr als im Westen. Dieses Ost-West-Gefälle lässt sich nicht leugnen. Die Ursachen liegen vor allem in den sozialen und gesellschaftlichen Verwerfungen nach der Wende, die eine dauerhafte Entfremdung von der Parteiendemokratie bewirkt haben.

Der Zustrom von Flüchtlingen war nun der entscheidende Katalysator für den Aufstieg der AfD. Vieles spricht dafür, dass eine deutliche Senkung der Flüchtlingszahlen einige Wochen vor der Wahl die AfD erheblich geschwächt hätte. Aber erstens scheiterte die Regierung an einer Lösung (z.B. eine Verteilung auf alle europäischen Staaten). Und zweitens wurde die AfD dadurch legitimiert und gestärkt, dass Teile der CSU und CDU unter dem Druck steigender Umfragewerte der AfD deren Positionen zum Teil übernahmen. Es entstand der Eindruck, dass die Kanzlerin in ihrer eigenen Partei isoliert ist und die Bundesre-

gierung einen Anstoß von außen braucht, um einen Kurswechsel in der Flüchtlingspolitik zu vollziehen. Die AfD war aus Sicht

Die AfD spricht sich gegen die Inklusion von Menschen mit Behinderung in Kindergärten und Schulen aus. „Normale“ sollen nach dem Willen der AfD nicht mit Kindern und Jugendlichen, die eine Behinderung haben, unterrichtet werden.



der Wähler das Werkzeug dazu.

Eine weitere Entwicklung hat den Aufstieg der AfD begünstigt. In der AfD findet sich auch jenes konservative Milieu, das in der CDU keine Heimat mehr hat: Familie, Gott, Vaterland sind die Stichworte. Die CDU ist unter Merkel tatsächlich etwas weltoffener und liberaler geworden. Das kann man ihr nicht zum Vorwurf machen.

Ein letzter Grund für den Erfolg der AfD: Es gibt eine allgemeine Parteienverdrossenheit, die auch eine Demokratieverdrossenheit ist. Sehnsucht nach dem Führerstaat, nach dem Durchregieren jenseits von Koalitionskompromissen und Parlamentsdebatten. Kein neues Phänomen, sondern ständiger Begleiter der Demokratie. Daran ist die Weimarer Republik zugrunde gegangen. Die Verdrossenheit wird verstärkt durch die Globalisierung und den Zustand der EU: Auf viele Entwicklungen haben die Menschen überhaupt keinen Einfluss, was uns durch die Nullzinspolitik der EZB (Enteignung der kleinen Sparer) oder die TTIP-Verhandlungen schonungslos vor Augen geführt wird. Auch hier versagen Union und SPD total. Die Menschen fühlen sich hilflos ausgeliefert. Populisten haben in dieser Situation leichtes Spiel.

Was hat unsere Partei falsch gemacht? Der Wahlkampf der LINKEN in den drei Ländern spiegelte die Identität der Partei als Vertreterin der sozial Benachteiligten wider. Probleme wurden benannt, vernünftige Lösungen vorgeschlagen. In Sachsen-Anhalt war das inhaltliche Spektrum breiter, da man den Ministerpräsidenten stellen wollte. Warum konnte man die Wähler nicht überzeugen?

Hat sich ein gewisser Gewöhnungseffekt eingestellt? DIE LINKE stellt die richtigen Forderungen, kann sie aber eh nicht durchsetzen! Also verlässt man sich lieber nicht auf sie. Das wäre das beste Argument dafür, unseren Anspruch aus den Eckpunkten zum Landtagswahlprogramm umzusetzen, mehr Verantwortung übernehmen – sprich mitregieren – zu wollen. Das muss nun

durch ein scharfes unverwechselbares Profil im Landtagswahlprogramm glaubwürdig untersetzt werden. Viele werden sagen: DIE LINKE ist nur scharf auf Ministerämter. Ihnen muss man verdeutlichen: Wir wollen nicht nur reden, sondern handeln, um konkrete Verbesserungen zu erreichen. Wir wollen die Belange der sozial Entrechteten nicht nur ins Parlament, sondern in die Regierung tragen!

Die Tatsache, dass Protestwähler derzeit besonders leicht zu mobilisieren sind, sollte uns aber nicht dazu verleiten, mit platten Parolen und unhaltbaren Versprechen auf Wählerfang zu gehen. Dieser opportunistische Schwenk würde uns erst Recht Stimmenverluste beschern. Eine klare Linie wird eher belohnt werden.

In unserem Landesverband und in den Kreisverbänden müssen wir diskutieren, wie wir auf die Herausforderung AfD reagieren. Einfache Lösungen gibt es nicht. In der LINKEN ist man sich einig, dass man auf den Erfolg der Rechten nicht mit einer Übernahme von deren Forderungen reagieren darf. Es ist keine Durchhalteparole, zu sagen, dass wir konsequent unseren Weg weitergehen müssen. Wir stellen die soziale Frage ins Zentrum, zuletzt durch die Forderung nach einem Investitionsprogramm (5x5 Milliarden) (siehe KLARTEXT 3/2016). Im Bundestag brachten wir im März Anträge ein, die Forderungen unserer Kampagne „Das muss drin sein!“ aufnehmen. Konsequenter müssen wir darüber aufklären, dass die



AfD nicht der Anwalt der sozial Deklassierten ist. Primitiver Deutschtümelei setzen wir ein positives Heimatgefühl entgegen, das Nichtdeutsche nicht ausschließt (Pla-

kat Helmut Holter Ende 2015).

Das stabile Parteiensystem der BRD ist erschüttert worden. Über eine Nachhaltigkeit dieses Effektes lassen sich noch keine verlässlichen Aussagen treffen. Eine dauerhafte Etablierung der AfD, wenn auch auf niedrigerem Niveau, ist sehr wahrscheinlich, denn sie besetzt eine Leerstelle im politischen System, den Platz zwischen CDU/CSU und NPD. Bei nüchterner Analyse hat die AfD aber mit dem Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt ihren Zenit erreicht. Der Erfolg der AfD ist derzeit untrennbar mit der Aufnahme der Flüchtlinge verknüpft. Die AfD wird schwächer werden, sobald dieses Thema an Relevanz verliert. Wir leben in einer Stimmungsdemokratie, in der langfristige Parteibindungen eine immer kleinere Rolle spielen. Davon hat die AfD profitiert, aber sie wird auch darunter zu leiden haben. Die fehlende inhaltliche Substanz der Partei und ihre Zerrissenheit



werden offen zutage treten. Die AfD wird sich in Strategiediskussionen zerfleischen. Der Wahlerfolg wird zudem viele Rechtsextremisten in die Partei locken. Diese offene Flanke der AfD zum Neofaschismus muss ständig thematisiert werden. Wir würden es der AfD aber zu einfach machen, wenn wir sie pauschal als „NPD light“ diffamieren. Gefragt ist die konkrete Auseinandersetzung mit Programm und Personal der AfD. Das sollten wir sehr dosiert tun, denn wir müssen vor allem die

eigenen Positionen in den Vordergrund schieben, anstatt uns ständig an der AfD abzarbeiten.

Aber zu Vieles bleibt Spekulation: Wird die AfD neue Themen finden (Angst vor dem Islam), wird sie ihre inhaltliche Heterogenität zu einer Stärke machen und unterschiedliche Milieus ansprechen, kann sie sich von untragbarem Personal trennen? Vorerst gilt: Die AfD wird bleiben. Das ist unbefriedigend, aber Demokratie. Und eine ständige Herausforderung für uns. Die AfD hat viele Schwachpunkte und Widersprüche, die gnadenlos offengelegt werden müssen.

Carsten Penzlin

Rosa Luxemburg

Anlässlich ihres 145. Geburtstages wurde an der Stele für Rosa Luxemburg in Graal-Müritz am 5. März eine zweite Gedenktafel eingeweiht. Diese Tafel soll das Wirken von Rosa Luxemburg ehren,

sie für diejenigen in Erinnerung bringen, die im Geschichtsunterricht oder bei ihrer politischen Arbeit schon einmal von ihr gehört haben und sie den Menschen nahe zu bringen, die erstmals durch diese Tafel von ihr erfahren, ob als Bewohner von Graal-Müritz oder als Gast in diesem Ort.

Was würde Rosa Luxemburg heute tun? Als unversöhnliche Kämpferin gegen Krieg und Radikalität würde sie heute sicherlich auf der Seite von Linken und anderen Kriegsgegnern fordern, alles zu unternehmen, um zu einer nichtmilitärischen Lösung der Konflikte in und um Syrien beizutragen.

Ein Zitat von ihr lautet: „Entfremdet und entwürdigt ist nicht nur der, der kein Brot hat, sondern auch der, der keinen Anteil an den großen Gütern der Menschheit hat.“ Rosa Luxemburg bestand auf die Verbindung von politischer Freiheit und sozialer Gleichheit. Diese Haltung hat bis heute an Bedeutung nichts verloren. Ihr Ziel war ein demokratisch-sozialistisches Denken und Handeln in Europa.

Rosa Luxemburg warnte frühzeitig vor einem kommenden Krieg der europäischen Großmächte und griff den deutschen Mi-

litarismus und Imperialismus an. Bereits 1906 forderte sie auf dem Kongress der zweiten Internationale in Stuttgart ein gemeinsames Handeln aller europäischen

Arbeiterparteien gegen den Krieg.

Als der Balkankrieg 1913 fast einen Weltkrieg auslöste, organisierte sie Demonstrationen gegen den Krieg. Sie zerbrach fast daran, als die SPD-Reichtagsfraktion 1914 mit für die Aufnahme der ersten Kriegskredite stimmte und somit die Mobilmachung ermöglichte. Es war ein „Ja“ zum Krieg. Sie beobachtete die Kämpfe zwischen den Strömungen der deutschen Arbeiterbewegung und erkannte diese als Hindernis im Kampf gegen Krieg. Sie war Mitbegründerin der „Gruppe Internationale“ der auch Kriegsgegner der SPD angehörten und

aus welcher 1916 die Spartakusgruppe hervorging. Sie vertrat ein internationales Klassenbewusstsein und trat für das Selbstbestimmungsrecht der Völker ein.

Sie musste aber auch erkennen, dass sogar in Arbeiterparteien der Nationalismus stärker sein konnte als das internationale Klassenbewusstsein. Dieses Problem spiegelt sich heute wieder an der Angst von Bürgern vor der Integration von Asylbewerbern. Trotz der deutschen Staatsbürgerschaft blieb Rosa Luxemburg in den Augen ihrer Feinde eine Ausländerin, eine Polin.

Als Frau zeigte Rosa Luxemburg ihren Wil-

len zu einem selbstbestimmten Leben, welches weit über die engen Vorstellungen ihrer Zeit hinausging. Sie engagierte sich weltweit für Menschenrechte unter besonderer Berücksichtigung der Rechte von Frauen. Gemeinsam mit Clara Zetkin setzte sie sich für die Gleichberechtigung von Frauen ein. Dieses Ziel wurde heute international und auch national noch nicht generell umgesetzt. Vorurteile gegenüber Frauen die in der Politik wirkten waren in ihrer Zeit auch in linken Kreisen verbreitet. Sie würde sich freuen, dass dieses Problem heute nicht mehr existiert und darauf gedrungen wird, dass Frauen politisch aktiv sein können.

Als Jüdin entging sie dem Antisemitismus nicht. Auch dieses Problem hat heute immer noch nicht an Aktualität verloren.

Für Rosa Luxemburg würde heute gelten: Außenpolitik ist Friedenspolitik!

Sie würde sich für eine friedliche, auf weltweite politische, soziale und ökonomische Gerechtigkeit gerichtete Außenpolitik Deutschlands einsetzen.

Sie würde Auslandskriegseinsätze ablehnen und fordern Rüstungsexporte zu verbieten. Krieg zerstört die Infrastruktur von Ländern und damit die Lebensgrundlage der Bevölkerung, die damit in die Flucht getrieben wird. Es müssen die Ursachen für Flucht beseitigt werden.

Rosa Luxemburg war eine einflussreiche Vertreterin des Internationalismus. Sie sagte einmal: **„Ich fühle mich in der ganzen Welt zu Hause, wo es Wolken und Vögel und Menschentränen gibt.“**

Peter Georgi

Direktkandidat DIE LINKE im Wahlkreis 12 (Altkreis Rostock-Land) zu den Landtagswahlen



Peter Georgi stellt sich vor



Peter Georgi, Direktkandidat für den **Wahlkreis 12** (Gemeinden Dummerstorf, Graal-Müritz und Sanitz/die Ämter Carbak, Rostocker Heide, Tessin und Warnow-

West)

- geboren im Oktober 1964 in Solingen
- gelernter Energieanlagenelektroniker
- seit 1992 wohnhaft in Kösterbeck
- verheiratet, 2 Söhne, 1 Enkelkind

Bis 2005 selbstständiger Unterhaltungskünstler danach Qualifizierung zum Jugendsozialarbeiter. 2010-2015 Jugendsozialarbeiter für den Verein „auf der Tenne“ e.V. im Amt Carbak. Zuständig für die mobile und stationäre Jugendsozialarbeit. Seit Dezember 2015 stellvertretender Leiter im Clearinghaus der AWO, eine Wohngruppe für unbegleitete minderjährige Asylbewerber.

Ich bin seit 10 Jahren Mitglied in der Ge-

meindevertretung Roggentin, dort im Schulausschuss, Amtsausschuss, sowie als stellvertretender Vorsitzender im Ausschuss für Jugend, Kultur und Senioren tätig. Mitglied im Kreistag des Landkreises Rostock bin ich seit 2014. Dort engagiere ich mich im Ausschuss für Bildung, Jugend und Kultur. So habe ich mir über viele Jahre ein enges, berufliches und politisches Netzwerk erarbeiten können. Dies reicht auch weit über die Grenzen Mecklenburg-Vorpommerns hinaus. Ich bin Kandidat der Partei **DIE LINKE** zu den Landtagswahlen 2016, um die Interessen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in unserem Land zu vertreten.

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Peter Georgi stellt sich vor

Fortsetzung von S. 6

Kurt Sontheimer sagte einmal: „Der Jugend gehört die Zukunft - aber eben erst die Zukunft.“ Recht hatte er, jedoch würde ich dieses Zitat gerne ein wenig umschreiben. Der Jugend gehört die Zukunft - die Zukunft beginnt jeden Tag. Jeden Tag sind wir gefordert unsere gemeinsame Zukunft in diesem Land zu gestalten. Und wenn wir uns einig sind, das der Jugend die Zukunft gehört, dann dürfen wir es nicht zulassen, dass ausgerechnet in der Jugendarbeit der Rotstift regiert. Die Kinder- und Jugendarbeit ist eine Sozialisations- und Bildungsinstanz, neben Familie, Vereinen sowie Schule und richtet sich grundsätzlich an alle jungen Menschen. Sie benennt nicht explizit einzelne Zielgruppen und gestaltet sich schwerpunktmäßig in der offenen Arbeit in Jugendclubs und Jugendzentren sowie in der gemeinwesenorientierten Ar-

beit. Jugendsozialarbeit richtet sich mit ihren Angeboten an junge Menschen, welche aufgrund sozialer Benachteiligungen oder individueller Beeinträchtigungen im besonderen Maße sozialpädagogische Hilfe benötigen, die der komplexen Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen dient. Diese Arbeit mit und an jungen Menschen in unserem Land ist für viele Kommunen überhaupt nicht mehr möglich. Überall werden Jugendclubs nur noch wenige Stunden im Monat geöffnet oder vollkommen geschlossen. Viele Gemeinden wissen die Vorzüge von Treffpunkten und Angeboten für ihre Kinder und Jugendlichen im Ort sehr wohl zu schätzen, jedoch ist die Jugendsozialarbeit eine freiwillige Leistung. Gemeinden mit einem nicht ausgeglichenen Haushalt ist es untersagt, freiwillige Leistung dieser Art zu erbringen.

Der Verlust von solchen offenen Jugendangeboten wird mittel- und langfristig jedoch für unsere Gesellschaft erheblich teurer werden. Jugendsozialarbeiter leisten ganz wichtige zukunftsorientierte Arbeit. Die Aufgaben der Jugendsozialarbeit sind neben Freizeit und Feriengestaltung, vor allem Präventionsarbeiten. Prävention zum Beispiel gegen Gewalt und gegen Rechts-Extremismus.

Mit dem sicheren Fortbestand dieser Arbeit unterstützen wir nicht nur unsere Kinder, Jugendlichen und jungen Heranwachsenden, sondern auch die Zukunft unseres Bundeslandes. Diese Forderung würde ich, mit ihrer Unterstützung, sehr gerne auf Landesebene einbringen. Lassen sie uns gemeinsam unser Aller Zukunft gestalten.

Aus Liebe zu MV!

Zum Umgang und zur Arbeit mit der rechtspopulistischen „Alternative für Deutschland“

Die selbsternannte „Alternativ für Deutschland“ (AfD) ist in den vergangenen Jahren in mehrere ostdeutsche Landtage eingezogen und hat die politische Parteienlandschaft zumindest kurzfristig in der Bundesrepublik verändert. Dabei ist die AfD keinesfalls eine harmlose Professoren-Partei, die sich im die Belange der „kleinen Leute“ kümmert. Zunehmend wird deutlich, dass sich die AfD vom rechtspopulistischen ins rechtsextreme Lager verschiebt. Dieser Artikel gibt erste Anleitungen zum Umgang mit der AfD. Grundlage für diesen Beitrag ist ein Text der Broschüre „Kritik zur Alternative für Deutschland“ des „Hamburger Bündnisses gegen Rechts“.

Für zahlreiche Neonazis und RassistenInnen ist die AfD der parteipolitische Hoffnungsträger, nachdem viele frühere Projekte wie die Republikaner, die Pro-Parteien, Die Freiheit oder die Schillpartei scheiterten und die NPD sich momentan in einer schweren Krise befindet. Die AfD-Spitze versucht zwar allzu laute Rechte mundtot zu machen und kann auf der Führungsebene oft „repräsentables“ Personal vorweisen. Der Umgang mit diversen „Einzelfall“-Skandalen zeigt jedoch, dass die Führung meist nicht bereit ist extreme Rechte auszuschließen - entweder weil der innerparteiliche Widerstand zu groß ist oder weil es Stimmen bei Wahlen kosten würde. Auf der kommunalen Ebene muss die Partei zukünftig hunderte von Positionen beset-

zen. Hier und erst recht an der Basis lohnt es sich, genau hinzusehen, ob sich dort belastete AktivistInnen tummeln, auch wenn dies eine mühsame Recherche erfordert. Die braunen Umtriebe in der AfD schaden schon jetzt denjenigen FunktionärInnen, welche ihre Absicherung im konservativen Establishment, in der Wirtschaft oder akademischen Jobs haben.

Auch ideologische Schnittmengen zwischen AfD und bestehenden oder früheren Organisationen wie NPD, REP usw. müssen analysiert werden. Die Wahlprogramme der AfD sind meist entschärft, weil auf eine akzeptable Sprache und medienkompatible Inhalte bei der Formulierung geachtet wird. Bei Reden von FunktionärInnen, gerade im aufgeheizten Wahlkampf, wird hingegen schon eher Tacheles geredet um ein rechtspopulistisches WählerInnenpotential zu erschließen. Dies zeigte sich deutlich, als in den Wahlkämpfen in Brandenburg, Thüringen und Sachsen hauptsächlich chauvinistische und antimuslimische Ressentiments bedient wurden. Äußerungen der NPD sind gesellschaftlich geächtet. Spricht die AfD den gleichen Inhalt mit anderen Worten aus, so ist dies (noch) nicht der Fall. Hier sind die Parallelen immer wieder aufzuzeigen. Der Aufwand, der hierfür nötig ist, ist jedoch lohnend, denn auf vielen Blogs und Webseiten in den Sozialen Netzwerken, welche von AfD-AktivistInnen betrieben werden, wird man auf der Suche nach rassistischen oder nationalistischen Äußerungen fündig.

Die Entwicklung einer grundlegenden Kritik an den Inhalten der AfD ist sicher die wichtigste und größte Herausforderung. Sie darf nicht nur Aufgabe der antifaschistischen Bewegung sein und kann schon gar nicht auf die Bevölkerungsgruppen

abgewälzt werden, welche von der AfD diskriminiert werden. Inhaltliche Kritik ist die Aufgabe der gesamten Gesellschaft, sofern sie an einer solidarischen Zukunft interessiert ist. So wird es z.B. primäre Aufgabe der Gewerkschaften sein, die marktradikalen Positionen der AfD zu kritisieren. Die AfD fordert eine weitere Deregulierung der Wirtschaft, ist gegen den Mindestlohn und für den Abbau der Rechte von Werkträgern. Sie ist nicht die „Partei der kleinen Leute“, als die sie sich gerne präsentiert. Sie vertritt die Interessen einer gesellschaftlichen Elite, welche ihre Privilegien gegen die Interessen, auch der werktätigen Bevölkerung, verteidigen und ausbauen will. Diese Verstärkung der Ungleichheit wird auch im Hamburger Wahlprogramm, als „Leistungsprinzip“ verklärt, gefordert. Hier hat die AfD eine offene Flanke, denn einfache Mitglieder und WählerInnen kommen selbst oft aus sozial benachteiligten Schichten und wären von einer sozialdarwinistischen Politik persönlich betroffen.

Eine aufgeklärte Gesellschaft, welche die Verwirklichung der Gleichheit aller Menschen zum Ziel hat, kann keine Sondergesetze für Zugewanderte, Flüchtlinge oder bestimmte Religionen wollen. Kulturelle, ethnische, religiöse und soziale Vielfalt, sowie ein solidarischer Umgang miteinander sind die Voraussetzungen einer freiheitlichen Gesellschaft. Eine Flüchtlings- und Migrationspolitik, „welche die Menschen nach ihrer Nützlichkeit für die Wirtschaft beurteilt und ihnen die Gleichberechtigung vorenthält“, lehnen wir ab, schrieb das Hamburger Bündnis gegen Rechts (HBgR) schon in seiner Grundsatzklärung vor knapp zehn Jahren.

Nico Burmeister

Bürgerinitiativen aller Stadtteile, vereinigt Euch!

In jüngster Zeit haben sich in Rostock zahlreiche Bürgerinitiativen gegründet. Drei Beispiele geben einen Eindruck: Die Initiative „Lebenswerte Südstadt erhalten“ entstand aus Protest, als ein Papier in die Öffentlichkeit geriet, das große bauliche Veränderungen in ihrem Stadtteil vorsah. Die Initiative fordert mehr Mitsprache und Mitgestaltung ihrer Südstadt ein und möchte, dass die Informationen zu einem frühen Zeitpunkt bekannt gegeben werden.

Die Initiative um das Theater dürfte allen Leserinnen und Lesern bekannt sein. Sie sieht in unserem Volkstheater eine der etabliertesten Volksbildungsstätten, und kämpft für ihren Erhalt.

Die Initiative „Soziales Rostock“ möchte einen Abriss der beiden ehemaligen Stadtteil- und Begegnungszentren in Dierkow und Toitenwinkel verhindern. Für eines der Gebäude gibt es konkrete Pläne zur Weiternutzung. So sollen die Räume unter anderem für gemeinschaftliches Wohnen, für Politik, Kunst und Kultur, für Nachbarschaftsprojekte, Sport und Sozialberatung genutzt werden.

Insgesamt entstanden in den letzten Jahren etwa 16 Bürgerinitiativen in Rostock. Sie organisieren Selbsthilfe aufgrund eines konkreten politischen, ökologischen oder sozialen Anlasses. Sie wollen auf die öffentliche Meinung einwirken. Parteien, Einrichtungen der Verwaltung und vor allem der Oberbürgermeister sollen mit den Bedürfnissen und Interessen der Betroffenen konfrontiert und zu einer Änderung ihrer Haltung und Handlungsweisen bewegt werden.

Die eigenständig gebildeten Initiativen habe dabei entweder das Interesse der Allgemeinheit im Blick (Gemeinwohlinteresse) oder verfolgen partikuläre Interessen (Ein-Punkt-Gemeinschaft).

Die Initiativen mit Gemeinwohlinteresse werden den Außenstehenden mit Sicherheit sympathischer und unterstützenswerter anmuten als jene mit großem persönlichem Eigeninteresse. Böse Zungen nennen Menschen mit derlei Anliegen auch Nimbys (Not In My BackYard – mir ist alles egal, Hauptsache keine Veränderung vor meiner Haustür).

Unter bestimmten Aspekten ist jedoch eine Unterstützung solcher Gruppen mehr als angebracht: Menschen organisieren sich, äußern ihr Interesse und betreiben nicht selten einen enorm hohen Aufwand,

um in das Licht der Öffentlichkeit zu gelangen. Menschen sind unzufrieden mit dem Establishment und artikulieren Protest. Diese Schritte sind aus linker, emanzipatorischer Sicht gut und wichtig.

Der Grund für unsere Unterstützung dieses Prozesses liegt in einem Qualitätssprung in der Entwicklung der Bürgerinitiativen. Auf

Erfolg einer Vernetzung solcher unterschiedlicher Gruppen steht und fällt mit der Qualität der fachlichen Begleitung. Hier passten meine Kompetenzen im Bereich der Prozessbegleitung, -entwicklung und Moderation sehr gut. Als Stadtplanerin und Mitglied der Bürgerschaft konnte Ellen den aktuellen Stand der Bürgerbeteiligung in

Rostock wiedergeben und bewerten.



Initiative von Patricia Fleischer, einer sehr engagierten Mitbürgerin unserer Stadt, begann ein Prozess der Vernetzung auf einer

verbindliche Kriterien für Bürgerbeteiligung in Rostock schafft

- die Stadt, allen voran den OB, zu zwingen, sich auf Beteiligung einzulassen



Warum ist das ein Thema der LINKEN?

Bürgerinitiativen sind in erster Linie basisdemokratisch: Sie initiieren eine Veränderung, die von der Bevölkerung, der Basis her ausgeht. Sie wollen außerdem Hierarchien und Hürden abbauen, die zwischen Politik und Bevölkerung existieren. Ein gleichberechtigtes Miteinander kann nur mit der Bevölkerung zusammen entstehen. Wir wollen uns gegen das eigenmächtige Verhalten des Oberbürgermeisters wehren. Er muss endlich seiner Rolle als gewähltem Volksvertreter gerecht werden und Entscheidungen im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger treffen.

Diese Anliegen und diesen mutigen Vorstoß der Initiativen aktiv mitzugestalten wird eines der Hauptanliegen von mir und uns in den kommenden Wochen sein. Es gilt, die Gruppe in ihrem Bemühen um Gehör, Struktur und Gestaltungswillen gegenüber ihrer Stadt zu unterstützen, zu befördern und zu befähigen. Dieses Engagement ist äußerst sinnvoll und es macht Spaß.

Aus dem Kreisvorstand, Katharina Schlaack

höheren Stufe. Patricia, selbst Mitglied in der BI Südstadt, hat VertreterInnen aller Initiativen zur Beratung eines gemeinsamen Vorgehens in dieser Stadt aufgerufen. Die Gemeinschaften wollen sich vernetzen, ihre Erfahrungen austauschen und eine gemeinsame Strategie entwickeln. Patricias Anfrage um Unterstützung erreichte Ellen und mich über den Kreisvorstand. Weil wir beide schon in den Prozessen rund um die Südstadt beteiligt waren, kannten wir Patricia und haben selbstverständlich eingewilligt. Der längerfristige

9. Altenparlament in Schwerin

Sylvia Bretschneider, die Präsidentin des Landtages M-V, begrüßt am 16.3. die Delegierten und erklärt, dass wegen des Umbaus im Schloss das letzte Tagungsintervall des 9. Altenparlaments (AP) auf 3 Jahre verlängert wurde. Das nächste AP soll wieder turnusmäßig nach 2 Jahren tagen, da man hofft, dass der Umbau im Schloss beendet ist. Sie betont, dass das Altenparlament den Eckpfeiler der Seniorenpolitik darstellt und beispielgebend für andere Länderparlamente steht. Selbstbewusste Beschlüsse der Senioren haben deren Selbständigkeit gezeigt. Es wird erwartet, dass bis 2030 etwa ein Drittel der in M-V lebenden Menschen über 60 Jahre alt sein wird. Der Landtag hat auf diese Erwartung hin die Enquetekommission eingesetzt. Deren 2. Zwischenbericht mit Empfehlungen liegt inzwischen vor. Es wird festgestellt, dass der Leitantrag Wohnen im Alter den Empfehlungen der Enquetekommission entspricht. Die Landtagspräsidentin freut sich, dass das Altenparlament wichtige Impulse an Gesellschaft und Politik gibt und ältere Menschen auffordert, sich in diesen laufenden Prozess einzubringen.

In seinem Grußwort freute sich unser Ministerpräsident, Erwin Sellering, dass so viele engagierte Bürger als Delegierte anwesend sind und sich einbringen wollen. Er betont, dass gutes Leben im Alter wichtig ist. Aktive Beteiligung im Alltag ist wichtiger denn je, weil die Menschen immer älter werden. Er stellt fest, dass das AP ein wichtiger Ort für gemeinsame Planungen und Beratungen darstellt, da die Senioren die Erfahrung mitbringen. Altes hält den neuen Anforderungen nicht mehr stand, deshalb müssen kluge, neue und andere Lösungen erarbeitet werden. Herr Sellering dankt den Delegierten für ihr ehrenamtliches Engagement und schließt die Bitte an, weiterzumachen. Abschließend spricht er ein für viele Bürger wichtiges Thema an: Die Rentengerechtigkeit. Er stellt dar, dass im Koalitionsvertrag die Angleichung der Renten Ost festgeschrie-

ben ist. Er will sich für die Umsetzung stark machen. Eventuelle Finanzlücken müssen jedoch vorher geschlossen werden. Der Ministerpräsident wirbt um Unterstützung bei diesem wichtigen Vorhaben.

Bernd Rosenheinrich, der Präsident des AP stellt in seiner Ansprache fest, dass am 9. Altenparlament 71 Delegierte aus 27 verschiedenen Vereinen, Verbänden und Organisationen teilnehmen. Er freut sich über die Unterstützung des Landtages bzw. dessen Mitarbeiter und bedankt sich für die erhaltene Unterstützung. Er betont die Wirksamkeit der zu treffenden Beschlüsse und zitiert aus dem Seniorenmitwirkungsgesetz, dass der LSB beratend beim Einreichen von Anträgen und Gesetzen angehört wird. Er bemängelt, dass der ÖPNV nicht flächendeckend fährt. Dies betrifft nicht nur Ältere, sondern die ganze Gesellschaft. Er stellt fest, dass die Arbeitsthemen der Enquetekommission wichtig sind. Er hofft, dass die künftige Umsetzung der Arbeit des AP im Landtag gelingt. Er betont, dass Altersarmut thematisiert werden muß. 12, 5 Mio. Menschen sind in der BRD arm. Immer mehr Rentner sind davon betroffen. Jeder 3. von 21.000 Grundsicherungsempfängern ist Rentner. Die Rentenpolitik der Bundesregierung wird anhand von Zahlenbeispielen dargestellt. Ältere, im Ruhestand lebende Menschen sollen unabhängig und nicht als Bittsteller ihren Lebensabend erleben.

Der Leitantrag 1 zum Thema „Wohnen im Alter“ wurde nach Diskussion und minimalen Änderungen mit 1 Enthaltung bestätigt. Die Schwerpunktsetzung ist wie folgt:

- Die Leistungsfähigkeit der Kommunen zur sozialen Daseinsvorsorge gewährleisten.
- Daseinsvorsorge für Ältere in der Gesellschaft verankern.
- Wohnraumversorgung für ältere Menschen in der angestammten Gemeinde absichern (Barrierefreiheit).
- Flächendeckende Wohnraumberatung zum Erhalt von Fördermitteln zum barrierefreien Umbau von Wohnungen.

Der Leitantrag 2 mit dem Thema „Sicherung der sozialen Infrastruktur im ländlichen Raum Mecklenburg-Vorpommerns“ wurde mit wenigen Änderungen bei 3 Enthaltungen verabschiedet. Hier sind folgende Schwerpunkte gesetzt:

- Sicherung der Mobilität als Voraussetzung und Bindeglied für die Nutzung der sozialen Infrastruktur.

- Kompetenzen im Gesundheitswesen untersuchen und Vorschläge für eine bedarfsgerechte Entwicklung erarbeiten.

- Zusammenleben fördern - Vereinsamung entgegenwirken.

Der Präsident des AP, Bernd Rosenheinrich, stellt eine Resolution zur Altersarmut vor „Gesetzliche Rente stärken - Altersarmut verhindern. Die Resolution wurde mit 3 Enthaltungen bestätigt. Anhand von realistischen Zahlenbeispielen führt er den Delegierten vor Augen, wie es um die Armut bei Rentnern in M-V bestellt ist. Mehr als ein Viertel der Grundsicherungsempfänger sind über 65 Jahre alt, 9,8 % der Männer und 52,9 % der Frauen liegen mit dem Zahlbetrag unter 706 Euro. Der durchschnittliche Zahlbetrag für Bestandsrentner liegt bei 1.038 Euro, bei Neurentnern nur noch bei 894 Euro. Der Anteil unter Grundsicherungsniveau liegt bei 25,9 % bei durchschnittlich 44,1 Versicherungsjahren und einem durchschnittlichen Zugangsalter von 63,6 Jahren. Im Jahr 2005 erhielten alle Rentenzugänge durchschnittlich 10 % niedrigere Renten als die Bestandsrentner. Dieser Abstand baut sich inzwischen auf alle Rentenarten auf über 13 % auf.

Bernd Rosenheinrich und eine der Vizepräsidentinnen des Landtages M-V danken den Delegierten für den ehrenamtlichen Einsatz, bitten um weitere Mitarbeit und Unterstützung und verabschieden sie mit der Aussicht, in 2 Jahren wieder im Schloß zu tagen.

Details zum Altenparlament, den Leitanträgen und der Resolution sind im Netz abrufbar unter: www.landesseniorenbeirat-mv.de/LSB/9ap *Ute Kampschulte*

„Gutes für Rostock“ mit Dorothee Barndt

Am 29. April findet im Rostocker Rathaus unter dem Titel „Gutes für Rostock“ eine weitere Charity-Veranstaltung unserer Genossin Dorothee Barndt statt. Es ist nun ihre 12. Veranstaltung innerhalb von drei Jahren, im Rathaus die 5. Charity-Gala. Am 1. Juni sind es nun 45 Jahre, in denen sich Dorothee Barndt ehrenamtlich für Menschen engagiert.

Die Veranstaltung am 29.4. beginnt um 19 Uhr (Einlass und Abendkasse ab 18 Uhr, Vorprogramm mit Klaus Decker) im Festsaal. Um 19 Uhr begrüßen Dorothee Barndt und der Musiker Horst Schilke die

Gäste. Sodann treten auf „Die Perlen aus Groß Klein“, es folgen internationale Tänze inkl. Showeinlagen mit dem Duo Tarangini. Um 20 Uhr beginnt der zweite Programmteil mit dem Duo „Swing for Fun“: Zur Swingmusik und zum Gute-Laune-Jazz kann man gut tanzen. In den Pausen gibt es Catering, Tanzeinlagen, eine Weinbar sowie einen Getränkestand mit Sekt und Selter, auch nach dem Programm. Dann wird es ein freudiger Tanzabend für alle Altersgruppen als Frühlingsfest.

Der Eintritt kostet nur 7,70 Euro, für Studierende und Warnowpass-Inhaber nur 5

Euro. Kartenvorverkauf ab dem 4.4. in der Buchhandlung im Doberaner Hof. Dorothee verkauft Karten am 12.4. ab 15 Uhr beim Bäcker Kadatz in Lütten-Klein (Warnowallee). Auch sonst sind Karten und Reservierungen über Dorothee erhältlich. Die Übergabe des Erlöses erfolgt am 11.5. um 17 Uhr im Carlo 615 (Stadthafen) - verbunden mit einem kleinen Unterhaltungsprogramm mit dem Pianisten Robert de Lux (musikalische Weltreise). Ab 18 Uhr gibt es ein Menüessen von Carsten Loll, der auch das Catering für die Veranstaltung am 29.4. spendet.

Regine Lück: Investitionsprogramm Barrierefreies Bauen

Liebe Genossinnen und Genossen, mit Blick auf die Arbeit der Enquetekommission „Älter werden in M-V“ und der UN-Behindertenrechtskonvention wollen wir das Barrierefreie Bauen voranbringen. Aus diesem Grund haben wir in der aktuellen Landtagssitzung einen Antrag zum Investitionsprogramm für Barrierefreies Bauen eingebracht.

Orientieren möchten wir uns am Bundesland Sachsen. Dort gibt es investive Förderungen zur barrierefreien Gestaltung öffentlich zugänglicher Gebäude und baulicher Anlagen. Das Investitionsprogramm wurde erstmals im Jahr 2014 aufgelegt und nennt sich „Lieblingsplätze für alle“. Mit dem Programm konnten über 400 Lieblingsplätze für Menschen mit Behinderungen geschaffen werden. Aufgrund der großen Nachfrage werden auch für 2016 Programme aufgelegt.

In den meisten Fällen sind nur kleine Veränderungen notwendig und davon profitieren nicht nur Menschen mit Behinderung, sondern alle. Hauptanliegen ist der gleichberechtigte Zugang zu öffentlichen Gebäuden für Menschen mit Behinderung.

Das Förderspektrum des sächsischen Programms ist sehr breit, es reicht vom Gesundheits-, Bildungs-, Kultur- über Freizeit- bis zum Gastronomiebereich. So sollen beispielsweise ÄrztInnen, ApothekerInnen und TherapeutInnen oder BetreiberInnen von Kinos, Cafés und Restaurants einen Anreiz bekommen, vor-

handene Gebäude barrierefrei erreichbar und nutzbar zu machen. Das kann eine Rampe oder ein barrierefreies WC sein - Einzelmaßnahmen, die mit relativ kleinem Aufwand umgesetzt werden können. Antragsberechtigt sind EigentümerInnen, PächterInnen und InhaberInnen. Die Förderung erfolgt also an Private, aber den Nutzen hat die Allgemeinheit.

Die Kosten sollen vollständig förderfähig sein und als Zuschuss ausgereicht werden. In Sachsen beträgt das Programmvolumen 2,5 Millionen Euro pro Jahr. Einen



einheitlichen Sockelbetrag davon erhalten alle Landkreise und kreisfreien Städte. Das Zusatzbudget für jeden Landkreis und jede kreisfreie Stadt richtet sich nach der Anzahl der Menschen mit Schwerbehinderung. Die Auswahl der Förderprojekte erfolgt über die Behindertenbeauftragten

bzw. Beiräte. Wir halten das für eine praktikable Lösung. Bei dem von uns beantragten Programmvolumen von drei Millionen Euro jährlich könnten pro Jahr mindestens 120 Maßnahmen gefördert werden. Das ist nicht viel, aber setzt zumindest Akzente.

Mecklenburg-Vorpommern erhält vom Bund in den kommenden drei Jahren rund 79 Millionen Euro, davon werden 50 Millionen für den Breitbandausbau eingesetzt. Mit den übrigen gut 29 Millionen Euro soll unter anderem der altersgerechte Umbau und der Abbau von Barrieren gefördert werden. Das von uns geforderte Programm könnte diese Maßnahmen und beispielsweise auch das sogenannte Aufzugsprogramm über das Wirtschaftsministerium und die Förderprogramme für barrierefreie Haltestellen oder für barrierefreie ÖPNV-Fahrzeuge über das Energieministerium ergänzen.

Das Programm könnte somit ein weiterer Baustein des Maßnahmeplans der Landesregierung zur Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen „Mecklenburg-Vorpommern auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft“ sein.

Am Geld dürfte das Programm nicht scheitern. Bei 220 Millionen Euro Überschuss im Landeshaushalt allein im Jahr 2015, einem Polster von 1,5 Milliarden Euro und etlichen Sondervermögen, müsste sich bei gutem Willen Geld finden lassen.

Integration und Spenden für Flüchtlinge

In der Notunterkunft Hotel Ziegenkrug sind gegenwärtig 153 Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan, Somalia und Eritrea untergebracht. Am 9.2.2016 führte die BO Lambrechtshagen eine Spendensammelaktion innerhalb der eigenen Reihen durch. Seitens sieben Genossinnen und Genossen und vier Sympathisantinnen und Sympathisanten kamen wir auf ein Gesamtergebnis in Höhe von 305,00 Euro!

Ein echter Integrationsprozess für die ausländischen Bürger kann am schnellsten und effektivsten durch das Erlernen der deutschen Sprache gestaltet werden. So beschlossen wir in Abstimmung mit dem DRK-Sozialbetreuer Mahmoud Alhamdan, für den Spendenbetrag 15 Bücher „Deutsche Grammatik für Araber“ zu kaufen. Die Buchhandlung Teichert, das sei an dieser Stelle dankend erwähnt, beteiligte sich bei der Lieferung mit zwei Zusatzexemplaren. Zu sagen wäre noch, dass aufgrund einer Mitgliedschaft eines unserer Sympathisan-

ten im Sievershäger Sportverein 1950 seit Dezember 2015 eine aktive Sportarbeit für 50 Flüchtlinge organisiert wurde. Ein besonderer Dank gilt dem Vorstand des SSV 1950 und vielen Trainern, Übungsleitern und Betreuern, dass jetzt 20 ausländische Kinder im SSV 1950 regelmäßig zwei- bis dreimal wöchentlich am Trainingsbetrieb teilnehmen, wobei für 30 Erwachsene ein Fußballtraining am Dienstag vom SSV 1950 und am Donnerstag vom FC Obotrit Bargeschagen durchgeführt wird.

In den vergangenen vier Monaten wurde eine Unmenge an nötigen Gebrauchsgegenständen (Kleidung, Sportkleidung, Sportschuhe, Fahrräder, Spielzeug...) von Trainern, Eltern und Sportfreunden des SSV 1950, aber auch von vielen anderen Bürgern unserer Gemeinde gesammelt. Der bürokratische Prozess der Asylverfahren gestaltet sich leider sehr langwierig für die Flüchtlinge, außerdem sind die Wohnungs- und Arbeitssuche äußerst problematisch.

Wir wollen den Asylsuchenden so

weit wie möglich unsere Sympathie entgegenbringen, und wir wollen ihnen mit unseren bescheidenen Aktionen die Wartezeit und damit das tägliche praktische Leben in unserer Gemeinde erleichtern.

Gerd Runge



Kurt Dunkelmann in Memoriam

Uns Rostocker wier Kurt Dunkelmann as Direktor von de Neptun-Warft gaud bekannt. De 1906 in Crivitz geburne Mekelnborger, halte sik 1926 up ein Schippbu-Hochschul in Bremen dat ierste Rüstüg, dat he 1950 as Produktionsleiter und af 1959 as Warftdirektor denn Schippbu der DDR einen gauden Raup sichern helpen künn.

An dat, wat Kurt Dunkelmann denn noch as Rentner nah 1974 leist hett, mücht ick hier erinnern: He har nu naug Tied för siene Hobbys: Landschaftsmalerie (Aquarelle und Ölbiller) un Geschichten schriewen, vör allem up Plattdütsch, denn em leeg sihr väl doran, wat för denn Erholt von uns plattdütsch Sprak tau dauhn. - Sien Theaterstück: „Dann wollen wir mal wieder“, har 1974 in ´n Volkstheater Urupführung. Dat schauspälerische Talent zeigte Kurt ok as plattdütsche Laiendorsteller, Autor un Regisseur. - In ´n DEFA-Film „Schlösser und Katen“, spälte he denn Grotbuern Witting. - Verheurat wier he mit de Schauspälerin Erika Dunkelmann. Tausamen harn se 5 Kinner.

In einen von sien plattdütsche Schriftwerke schreew Dunkelmann denn Martin Martens siene Kindheit in ein Mecklenborgisch Lüttstadt und in Rostock, wat autobiographische Töch har. För denn jungen Martin is de Kindheit un frühe Jugend ein Idyll un vull Abenteuer. Un he hett dat erföhren: „All nich so eenfach dat Leben“. Hier nu por Uttoech von sien Geschichten, de dat Läben in disse Tied werrerspeigeln:

Dit wier tau de Tieden, as in Meckelborg noch ein Grotherzog regierte:

Fru Martens wier eene düchtige resolute Fru, de denn Postbeamten Martens kennenliert un heurat har. As Beid so väl Geld tausamen spoort harn, dat sei sik ein Pier köpen künn, um dormit in Fliebitz de Karjolpost (1) tau oewernehmen, wier Martens tau ´n Landbreifdräger beförret worden. Dat güll wat in de Tied!

Dunnmals, bi denn Grotherzog Friedrich Franz von Meckelnborg, müßten de Föhers noch dat Pierd sülwst stellen, denn de Hertog wier gor nich so dumm, he höl de Pennings up ´n Hupen. De brukte he jo ok för sick un siehen Hoffstaat, un dorüm müßt he bi de lütten Lüd sporen. Dat nähm Fru Marten em oewel un löt Martin nich up den Vörnamen „Friedrich Franz“ döpen.

Vadder Marten wier een gaudmäudig Mensch de ok Spijök mücht. He läwte glücklich un taufräden mit sien Fru un sien Karjolpost. Up ´n Land, oewerall in de Dörper in de hei kehm, sehgen em de Lüd giern. De Postagenturen wiern damals mihrstendeils de Krög un de Wirtslüde de Posthollers. In de Gaststuben seet Vadder Martens denn un müsst vertelln, wat all so in de Welt los wier. Zeitungen geef dat

dunn wenig in de Dörper.

Wat ok passieren deed in de Welt, he wüßt ümmer Geschichten, un de Lüd wiern taufräden un glöwten em alls. He künn ja gaud vertellen un har ok sienen Spijök dorbi. Worüm ok nich?

Wenn he abends nah Hus kehm un utspannt har un bie ´t Abendbrot seet, müßt he nochmals Geschichten vertellen. Dor tauwte sien Jung up em, de wier nu mit sien vier Jahr al een ganz hellschen Bengel un wull ok wat hören. Denn vertellte Vadder Marten Geschichten, all de Begäwenheiten, de hei unnerwegens „mit dat Zwergenvolk in de Klinker Dannen un in dat Eikholt beläwt har....“, un Lütt Matten künn gor nich naug dorvon hören.

De oll Schauster Harbarg, de nebenan von Martens wahnte, süng ümmer, wenn he Lütt Matten seh: „Lütt Matten de Haas, de mök sick eenen Spaß“.

Denn lütten Martin makte dat nicks ut, he mücht dat giern hören, wenn de Schauster singen dä. Blot dat de Voß in dat Leed denn lütten Matten dod bieten deed, geföhl em nich, dat fünd he gemein.

Lütt Martin wier gaud Fründ mit denn olen Schauster. De vertellte em denn ok Geschichten, de he beläwt har, wenn he öwer Land güng, um in de Daglöhnerkaten Stäwel un sünstiges Schauhtüg tau sammeln, wat he tau Hus flicken wull. -

Lütt Matten har neben denn olen Schauster noch eenen Fründ in de Straat, dat wier Friedrich Siwerkropp, de an de Eck von de Eikholtstraat eenen Koopmannsladen har. Nebenbi har he noch een Gaststuw mit Utspannung.

Wenn de Buern ut de Ümgegend bi em inköft harn, denn seten se naher in de Gaststuw un frühstückten un drünken „Buddelbier un lütt Sluck“. Un Siwerkropp sorgte för Unnerhollung, datt se noch länger sitten blewen, un för disse Unnerhollung halte he denn Lütt Matten von de Strat. He müßt de Buern siene Geschichten vertellen un wat vörsingen: Dorför kreeg he denn von denn Koopmann Baxbonbons.

Dat Singen harr Lütt Matten ok bi denn Schauster lihrt. De süng bi sien Arbeit. Wenn he dat Ledder för ein ´ Stäwelsahl mit sienen Hamer strecken deed, süng he: „Lützows wilde verwegene Jagd“, un de Hamersläg güngen ümmer in ´n Takt. Un wenn he de iesernen Pinnen unner de Sahlen slög, süng he: „Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte“. Un wenn he eens up ´t Privee müßt, süng he: „Erhebt euch von der Erden, ihr Schäfer aus der Ruh.“ Un wenn he mit sien Stäwel ut de Dör güng, um öwer Land to wannern, denn süng he: „Auf Matrosen, die Anker gelichtet.“

Lütt Matten künn ok all disse Leeder singen, un he süng se luthals up de Straat un

bi Siwerkropp in de Gaststuw. De Buern freuten sik doröwer, un Lütt Matten müßt ümmer noch mal singen.

Wenn he dat Leed von den Grotherzog singen deed: „Und wir sahen von Weiten unseren Großherzog reiten, he sät baben up en hohges Pierd, un dat Pierd harr den Stiert verkihr“, süngen se all mit.

Lütt Matten güng all dat tweede Jahr tau Schaul, un man schreew dat Jahr 1914. - Dat wier wedder ein schön ´ Sommer, un up ´n Land wieren de Lüd bi de Aust. Ferien wiern ok. -

In de lütt Stadt sprök man von ´n Krieg. - De Jungen exerzierten up denn Turnplatz. Un Herr Lembke kommandierte: „Rechts um!“ un „Links um!“ un „Hinlegen“ un „Auf“. He kommandierte markig un lud. Wenn de Turners naug exerziert harn, marschierten se noch dörch de Stadt un süngen. Öwer nich mihr: „Turner auf zum Streite!“ Nu süngen se: „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen, sterben als ein tapferer Heee—eld!“

De Schauster säd, de jungen Lüd wüßten gor nich, wat se dor singen deeden. Un Lütt Matten wüßt ok nich, wat de Schauster meinte. -

Un denn käm de Mobilmakung. De Kaiser har een Red holln un seggt, datt he nu keene Parteien mihr kennen dä, blot noch Düütsche. - Ja, wat harn de Düütschen doch för eenen Kaiser. Un väle wieren uter Rand un Band vör Begeisterung.

De Tied vergüng: Ut Lütt Matten wür Martin Martens. He wier nich mihr in Fliebitz, sonnern nu in Rostock, wo he de Inflatonstied beläwte. Nu wier he arbeitslos un markte: „All nich so einfach dat Leben“: Up de Werften un ook süß in ´n Land wier keen Arbeit mihr. - As up de Werft in Rostock de letzten Lüd entlaten würn, harr Martin vör dat Dur stahn. De oll Köpke wier ok dorbi. As he Jochen Heuer Adjüs seggen deed, säd he: „De Arbeiter is tau dumm!“

Disse Würd säten Martin noch lang in de Uhren. - Ein Jahr wier all vergahn un noch ümmer keen Utsicht. - Denn kehm de Breif von Luten Besemann ut Schweden. - Luten deilt sienen Fründ Martin mit, dat he kamen künn, wenn he wull, he harr dor Arbeit för em. Un so güng Martin butenlands.

He wull ja arbeiten. - Wieder nicks as arbeiten!

Kurt Kaiser (Kloensnack-Rostocker 7 e.V.)

Quellen: BullAuge Heft 5: „Kurt Dunkelmann, Schiffbauer – Künstler.“ - Kurt Dunkelmann „All nich so einfach dat Leben“ * Hinstorff; (1): Karjolpost = zweirädriger Kutschwagen mit Lederverdeck, womit früher die Post über Land befördert wurde. (karjolen = umherfahren.)

Kuba 57 Jahre nach der siegreichen Revolution

1945 geboren, war ich beim Sieg der kubanischen Revolution fast 14 Jahre alt und erlebte, wie auch in den westlichen Medien diese Umwälzung als notwendig betrachtet wurde, um die korrupte und verbrecherische Diktatur Batistas, die auch das Ansehen der USA beschädigte, endlich los zu werden. Ein Jahr später, als das kubanische Volk sich anschickte, den US-amerikanischen Konzernen die Profite zu schmälern, da Kuba lange genug von den USA ausgeplündert wurde, schlug die Zustimmung in offene Feindschaft um, und man erwartete sehnlichst von der Invasion in der Schweinebucht die Rückwende zur Vorherrschaft der USA auf Kuba. Der Ausgang des Umsturzversuches ist allgemein bekannt. Er endete innerhalb von 48 Stunden mit einer schmählichen Niederlage der von den USA unterstützten Söldner, trotz vorher erfolgter Bombardierung der kubanischen Flughäfen.

Damals gab es noch eine Sowjetunion und eine Sozialistische Staatengemeinschaft, die Kuba über 30 Jahre zur Seite stand. Die DDR leistete Kuba von Anfang an solidarische Hilfe, während die BRD sich nicht einmal traute mit Kuba Geschäfte abzuwickeln, die deutschen Unternehmen erhebliche Profite hätten bringen können. Handelsbeziehungen führen gewöhnlich dazu, dass der stärkere Partner den größeren Gewinn erzielt. Das ist zumindest ein Teil der Ursache für die weiter fortschreitende Kluft zwischen den entwickelten Staaten und den Entwicklungsländern insbesondere auf dem afrikanischen Kontinent.

Das Beispiel Kuba wirkt seit 57 Jahren insbesondere auf Mittel- und Südamerika. Das Ansehen Kubas bei den Menschen dort, die unter dem kapitalistischen System leiden, ist hoch. Ähnliches gilt für Afrika, wo in Kapstadt Obama vor gut zwei Jahren anlässlich der Beisetzung Nelson Mandelas erstmals Raúl Castro die Hand schüttelte und das kubanische Staatsoberhaupt einer der sechs Ehrenredner war, was unsere Medien aber nicht wahrnehmen wollten. Kuba hat seit 1976 besondere Beziehungen zur Südafrikanischen Union, denn kein Land hat mehr für die Beseitigung des Rassismus in Südafrika getan als Kuba.

15 Jahre bis Anfang 1991 unterstützte Kuba Angola im Kampf gegen die südafrikanischen Rassisten. Insgesamt mehr als 250.000 Kubaner kämpften in diesen Jahren in Angola und zerschlugen die einge-

drungenen südafrikanischen Truppen, was den Sieg der schwarzen Mehrheit über die weiße Minderheit in Südafrika entscheidend beförderte. 2000 Kubaner opferten dabei ihr Leben, Tausende weitere erlitten schwere Verletzungen, die sie ein Leben lang begleiten. Eines dieser Opfer habe ich im vor wenigen Wochen bei meinem vierten Kubaaufenthalt zum Freund gewonnen. Zu DDR-Zeiten war mein Wunsch bereits groß einmal, nach Kuba zu fahren, doch kostete eine solche Reise in den 70er Jahren ein gesamtes Jahreseinkommen und ein Pkw war wichtiger für die Familie als

Cubasi

meine Kubareise, die dann erst 1993 stattfinden konnte. 2000 und 2010 war ich wieder in Kuba und 2015/2016 dann 60 Tage in Havanna und erstmals auch in Santiago, der Wiege der kubanischen Revolution, die bereits am 26. Juli 1953 begann.

Um es gleich vorweg zu nehmen, um Kuba müssen wir uns keine Sorgen machen. Die Kubanerinnen und Kubaner wissen ihre Probleme sehr wohl mit ihrer 57-jährigen Erfahrung selbst zu lösen. Wesentliche Hilfe haben sie seit 1991 nur durch China und ab 1999 von Venezuela erhalten. Wenn Kuba andere Lösungswege findet, als wir diese gewohnt sind, so ist Besserwisserei auf unserer Seite nicht angebracht. Meist werden die Bedingungen unter denen in Kuba Volk und Regierung wirken ungenügend verstanden. Wenn der damalige Vorsitzende des Unternehmerverbandes Hans-Olaf Henkel schon vor zwölf Jahren äußerte, er wünsche Deutschland so kluge Minister wie sie Kuba habe, dann ist dem zuzustimmen, da die deutschen Minister meist keine Fachleute auf dem Gebiet sind, das sie zu verantworten haben.

Kuba und damit das Volk Kubas trägt die Last, die man auf sich nimmt, wenn man sich der USA-Vorherrschaft widersetzt. Etwas anderes als Verhandlungen mit den USA auf gleicher Augenhöhe ist für die stolzen Kubanerinnen und Kubaner angesichts der Vorherrschaft der USA von 1901 bis 1958 auf der „isla grande“ der Antillen auch nicht denkbar. Der USA-Flot-

tenstützpunkt Guantanamo muss an Kuba zurückgegeben werden. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen bedeutet wenig, solange die USA-Blockade bleibt und die USA ihren Touristen sogar weiterhin verbieten, sich einzeln auf Kuba zu bewegen. Im Gewirr der in 55 Jahren Blockade ständig erweiterten Verbote finden sich USA-Regierung und -Gerichte selbst nicht mehr zurecht. Die Aufhebung der Sanktionen muss aber von den USA geleistet werden.

Kuba ist ein Entwicklungsland, doch wenn man von dem von der UNESCO eingeführten Index zur Höhe der menschlichen Entwicklung den Faktor Anteil der Einkommenshöhe wegnimmt, dann gehört Kuba zu den 25 am weitesten entwickelten Staaten der Welt. Für die kluge Politik des allmählichen Wandels auf Kuba spricht im ökonomischen Bereich das von einer Frau geleitete

große Wirtschaftsprojekt Sonderentwicklungszone Mariel. 45 km westlich von Havanna entstand bis 2013 vor allem mit brasilianischem Kapital, aber auch mit der Unterstützung Singapurs und Chinas ein großer Hafen mit Containerterminal und Anbindung an Meer, Schiene und Straße, in dessen Umfeld sich auch ausländische Investoren aus verschiedenen Staaten und mit unterschiedlichsten Vorhaben niederlassen sollen. Die kubanische Regierung regt Firmen durch 10-jährigen Steuerverzicht an, dort Produktionsstandorte zu schaffen. Ein US-Landmaschinenhersteller würde sich gern dort niederlassen, doch wird er von der Blockadepolitik der USA daran gehindert. Doch Kuba braucht die USA heute weniger als je zuvor, denn es sind neben drei kubanischen Unternehmen in Mariel bereits jetzt Unternehmen aus Mexiko, Belgien, Spanien und den Niederlanden aktiv.

In Zukunft wird Mariel dazu beitragen die Exporte Kubas zu erhöhen und seine Importe zu verringern und damit die Handelsbilanz verbessern. Auch Deutschland sollte seine Chancen auf Kuba besser nutzen. Es ist wie bei der deutschen Politik gegenüber Russland, wo man eigene Interessen zurückstellt, um bei den USA nicht anzuecken, während diese ihre Geschäfte mit Russland ausweiten. Auch das hat der AfD bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt genutzt.

15.03.2016

Günter Althaus

Der Frauentag in Rostock und im Landkreis



Im Vorfeld des Internationalen Frauentages haben Mitglieder des Kreisverbandes DIE LINKE. Landkreis Rostock kleine Tüten mit Keksen, Frauentagsaufklebern und unseren Kampagnenforderungen gepackt.

Am Vormittag des 8. März wurden auf dem Markt in Güstrow und in den angrenzenden Geschäften über 100 dieser Beutel an Frauen und Mädchen verteilt.

Unsere Landtagskandidatin für den Wahlkreis 16, Karen Larisch (Foto), nutzte die Gelegenheit, um mit Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Güstrow ins Gespräch zu kommen.



In Rostock überraschten junge LINKE auf der Kröpeliner Straße Rostockerinnen mit einem Blumengruß.

Equal Pay Day

Ungleicher Lohn von Männern und Frauen: Altersarmut ist weiblich

Anlässlich des Equal Pay Days am 19. März 2016

Auch wenn sich der Gehaltsunterschied zwischen Frauen und Männern im Vergleich zum Vorjahr um einen Prozentpunkt auf 21 Prozent verringert hat – dieser Minischritt ist zu wenig. Wenn es so weitergeht, brauchen wir Jahrzehnte bis eine Entgeltgleichheit auch nur annähernd hergestellt ist. Der nach wie vor riesigen Lohnlücke muss endlich wirkungsvoll entgegengetreten werden. Gleiche und gleichwertige Arbeit muss endlich auch gleich bezahlt werden. Arbeit, die durch Frauen geleistet wird, ist nicht weniger wert!

Auch wenn in M-V der Lohnabstand zwischen Männern und Frauen geringer ausfällt als im Bundesdurchschnitt, ist dies kein Grund für Euphorie. Ursache hierfür ist schlicht die Tatsache, dass trotz aller Schönfärberei von Ministerpräsident Sellering und Arbeitsministerin Hesse M-V Billi-

glohnland Nummer eins war und ist, Männer und Frauen gleichermaßen auf niedrigem Lohnniveau dümpeln. Gute Arbeit – Guter Lohn, ohne Lohnlücke zwischen

Frauen und Männer. Das muss endlich drin sein!

Die bestehende Lohnungerechtigkeit schlägt später voll auf die Rente durch. Lebenslange Gehaltsunterschiede führen dazu, dass Frauen durchschnittlich 59 Prozent weniger Rente beziehen als Männer. Wenn sich nichts ändert, verfestigt sich die traurige Tatsache, dass Altersarmut weiblich ist.

Um diesen Teufelskreis nachhaltig zu durchbrechen, müssen gesetzliche Regelungen zur Herstellung von Entgeltgleichheit her. Es darf nicht länger eine freiwillige Aufgabe sein, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gerecht zu entlohnen und ihre Arbeit je nach Geschlecht höher oder geringer zu schätzen. Transparenz sowie nachvollziehbare und verbindliche Kriterien, die unabhängig vom Geschlecht bei der Lohnfestsetzung angewandt werden, könnten ein Schritt sein auf dem Weg, die bestehende Ungerechtigkeit, die sich im Alter noch massiver bemerkbar macht, endlich zu beseitigen.

www.linksfraktionmv.de

equal
pay
day, -

KLARTEXT

Gedanken zu einem Denkmal

Vor 70 Jahren, am 5. Mai 1946, wurde in Rostock als einer der ersten größeren Städte Deutschlands nach dem Ende des Krieges, am Rosengarten ein Denkmal „Für die Opfer des Faschismus“ eingeweiht. Das geschah nicht auf Anordnung von „oben“, sondern auf Forderung und Initiative des OdF-Ausschusses der Stadt. Auf Anordnung der Alliierten waren in allen Besatzungszonen Deutschlands bei den örtlichen Behörden Ausschüsse für die Opfer des Faschismus (OdF) als Vertretung der Opfer und Verfolgten des Naziregimes, die überlebt hatten, zu bilden, meist angesiedelt bei den Sozialämtern. In Rostock war der Ausschuß eine „Dienststelle des Oberbürgermeisters“. Leiter des Rostocker Ausschusses war Kurt Gramm, der, als Jude verfolgt, die Naziherrschaft überlebte. Entworfen wurde das Denkmal vom Architekten Hans Stridde, dessen jüdische Ehefrau ebenfalls Opfer der Nürnberger Rassengesetzgebung der Nazis war.

Das Denkmal war Symbol für den Beginn der erforderlichen Auseinandersetzungen mit der Nazizeit und rückte das Schicksal der Opfer des Naziregimes; aber auch den Widerstand gegen den Faschismus in das Blickfeld

der Öffentlichkeit. Bis 1989 war der Platz des Denkmals für viele Rostocker der zentrale Platz für dieses Gedenken; besonders am 2. Septembersonntag des Jahres, dem „Tag der Opfer des Faschismus“. Dieser Tag war der erste gesamtdeutsche Gedenktag, erstmalig begangen im September 1945 im damals noch ungeteilten Berlin. Organisiert wurde er vom noch Gesamtberliner Magistrat im Sportstadion Berlin-Neukölln, das eigens zu diesem Anlass nach dem Berliner Arbeitersportler und 1944 hingerichteten Antifaschisten Werner Seelenbinder umbenannt wurde. Träger des OdF-Tages wurde die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN), die bis 1948 in allen Besatzungszonen Landes- und Kreisvereinigungen bildete. 1947 beschloß die gesamtdeutsche Interzonenkonferenz der VVN, diesen Tag jährlich am 2. Septembersonntag zu begehen. Dieser antifaschistische Konsens wurde selbst ein Opfer des beginnenden „Kalten Krieges“ und zerbrach endgültig mit den Gründungen zweier deutscher Staaten 1949. Die VVN in der alten BRD wurde verboten und antifaschistische Aktivitäten wurden kriminalisiert. Erst 1996(!) ordnete ein damaliger Bundespräsident an, den 27. Januar, den Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz durch die Rote Armee, zum

offiziellen Gedenktag für die „Opfer des Nationalsozialismus“ zu machen.

In Rostock bemühten sich nach 1990 vor allem die „Interessenvertretung der Verfolgten des Naziregimes“ (IVVdN) und der „Bund der Antifaschisten“ (BdA) – heute zusammengeschlossen in der Organisation VVN/BdA – gemeinsam mit vielen Anderen für die Weiterführung des antifaschistischen Gedenkens und gegen das Vergessen. In dieser Zeit fielen abfällige Bemerkungen über einen „verordneten Antifaschismus“, den es in der DDR gegeben hätte. Ich halte solche Formulierungen für sehr dümmlich. Was ging und geht in den Köpfen von Menschen vor, die meinen, sie hätten den Antifaschismus als „verordnet“ gefühlt? Abgesehen davon, dass



Einweihung des Denkmals 1946

es Verordnungen und Beauftragungen der alliierten Besatzungsmächte zum Umgang mit dem Nazigeist und dessen Überresten tatsächlich gab und auch solche Dokumente, wie der vielzitierte „Schwur von Buchenwald“ Erwartungen und Anforderungen stellten: Denjenigen, die die Naziherrschaft in Lagern, Zuchthäusern oder als Zwangsarbeiter überlebten, denen mußte Antifaschismus nicht verordnet werden, sie haben ihn gelebt. Und die meisten von denen, die vor den materiellen und geistigen Trümmern dieses Regimes standen, waren froh, neuen Halt in und Wegweiser aus diesem Chaos zu finden, allen voran die jungen Leute. Wir wußten nur eines: „Das neue Leben muß anders werden“, wie es Louis Fürnberg gedichtet hat und wir es gesungen haben – freiwillig und aus Überzeugung. Der deutsche Faschismus freilich, der mußte nicht „verordnet“ werden. Der hatte und hat seine tiefen Wurzeln im „alldeutschen“ und „großdeutschen“ Chauvinismus mit seinen Theorien vom „Deutschland, Deutschland, über Alles in der Welt“, vom „Volk ohne Raum“ und „Heim ins Reich“, vom „Deutschtum im Ausland“ und „Nach Ostland will wir gahn“ und dem Weitermarschieren, „bis Alles in Scherben fällt“. Und dieser verfluchte deutsche Faschismus hatte und

hat seine Wurzeln in einer unmenschlichen Rassenlehre, die einteilt in Angehörige der „arischen“ oder „nordischen“ „Herrenrasse“ und in „slawische“ oder „jüdische“ bzw. „jüdisch-bolschewistische Untermenschen“; einteilt in „wertes“ und „unwertes“ Leben und das nicht nur propagierte, sondern auch praktizierte – industriell organisiert.

Wie kann man angesichts dessen Antifaschismus nicht verinnerlichen, sondern als „verordnet“ fühlen?

Wahr ist – und aber auch gleichzeitig angefechtbar – dass der Antifaschismus in der DDR mit den Jahren sehr eingeeengt wurde auf den Widerstand der Antifaschisten aus der Arbeiterbewegung. Dafür gab es sicher Gründe. Zum einen waren dieje-

nigen, die auf der anderen Seite der Klassengesellschaft standen und an Krieg, Rüstung, Eroberungen und Ausbeutung fremder Länder und Völker verdienten oder verdienen wollten, die, welche den Aufstieg der Nazis – wenn nicht gar ermöglicht – aber nachweislich zielgerichtet gefördert haben. Zum anderen ist ebenso nachweisbar, dass die Zahl der Widerstandskämpfer der Arbeiterklasse – ich betone, dieser Widerstandskämpfer, nicht die aller Opfer –, die dem Naziterror zum Opfer fielen, am größten war. An sie und ihren Kampf soll auch weiterhin erinnert werden, wie z. B. in diesem Jahr an Ernst Thäl-

mann, der am 16. April vor 130 Jahren geboren wurde und unter den Bedingungen seiner Zeit gegen den Faschismus kämpfte und Vielen als Sinnbild des Widerstandes Mut und Kraft gab. Wir gedenken anlässlich des 80. Jahrestages des Beginns des Bürgerkrieges im Juli 1936 der Antifaschisten, die in Spanien gegen den Faschismus – auch gegen den deutschen – kämpften und ihr Leben ließen. Der Gedenkstein Hans Beimlers im Rostocker Überseehafen erinnert auch heute noch daran und soll es auch weiter tun. Keiner von all denen soll vergessen werden.

Heute bringt eine neue gefährliche rechtsradikale Entwicklung weltweit schon wieder Menschen massenhaft Krieg, Tod, Flucht und Vertreibung, soziale Not und Verelendung. – aus politischen, rassistischen und auch aus Profitgründen, und **alle** Menschen können Opfer werden, wenn wir nicht wachsam sind, wie Julius Fucik dazu aufrief. Deshalb ist es erforderlich, **aller** Opfer zu gedenken und uns an ihr Schicksal zu erinnern. Wir dürfen aber auch heute nicht nachlassen, ihr Vermächtnis zu erfüllen und so Viele wie möglich gegen Gefahren und Unheil zu mobilisieren – Widerstand, das lehrt die Geschichte, ist möglich, muß aber auch organisiert werden. Und noch etwas wird

Termine aus HRO und LRO

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
Di., 5.4.	18:30 Uhr	Sitzung der Kreistagsfraktion	Bad Dob.	Kreisverwaltung
6.-29.4.		Rosa-Luxemburg-Stiftung: Ausstellung "Deine Anne Ein Mädchen schreibt Geschichte"	Rostock	Kuphalstr. 77
Do., 7.4.	19:00 Uhr	Rosa-Luxemburg-Stiftung: Lesung/Gespräch: "Deutschpop: Halt's Maul!", mit Frank Apunkt Schneider und Jan Gorkow ("Monchi")	Rostock	Peter-Weiss-Haus
Mo., 11.4.	14-15 Uhr	Telefonsprechstunde mit Katja Kipping, Anmeldung unter Fernruf: 030-24009530		
Di., 12.4.	14:00 Uhr	Skatrunde	Rostock	VS: Bremer Str. 24
Mi., 13.4.	18:30 Uhr	Sitzung Kreisvorstand LRO	Güstrow	Schwaaner Str. 64
Mo., 18.4.	15-16:30	Bürgersprechstunde Regine Lück SBZ Dierkow	Rostock	Tafelausgabe
Mo., 18.4.	18:00 Uhr	Thälmann-Ehrung in Reutershagen	Rostock	Denkmal
Do., 21.4.	19:00 Uhr	Sitzung Kreisvorstand HRO	Rostock	Geschäftsstelle
Sa., 23.4.		Anti-TTIP-Demo	Hannover	
Di., 26.4.	18:30 Uhr	Sitzung der Kreistagsfraktion	Güstrow	Kreishaus
Do., 28.4.	15:00 Uhr	Rosa-Luxemburg-Stiftung: Finanzkapitalismus im 21. Jahrhundert (Vortrag und Diskussion mit Prof. Joachim Bischoff)	Rostock-Evershag.	Mehrgenerationenhaus Maxim-Gorki-Str. 52
So., 1.5.	10-13 Uhr	Veranstaltung Aktionsbündnis 1. Mai	Bad Dob.	Rund ums Kornhaus
So., 1.5.	10-13 Uhr	Veranstaltung Bündnis 1. Mai	Güstrow	Markt
So., 1.5.	ab 10 Uhr	Veranstaltung zum 1. Mai	Rostock	Kastanienplatz
So., 1.5.	10:00 Uhr	1.-Mai-Kundgebung mit der DGB-Jugend	Rostock	Doberaner Platz
Sa., 7.5.	09:30 Uhr	Ehrendes Gedenken auf dem Sowj. Ehrenfriedh.	Güstrow	
Sa. 7.5.	20:00 Uhr	Rosa-Luxemburg-Stiftung: "Das seid ihr Hunde wert" - Ein Erich-Mühsam-Programm	Rostock	Peter-Weiss-Haus, Doberaner Str. 21
Mo., 9.5.	18:30 Uhr	Ehrendes Gedenken zum Tag der Befreiung	Bad Dob.	Bachgarten
Mi., 11.5.	18:30 Uhr	Sitzung LRO-Kreisvorstand	Laage	Brinckmanstr. 15
Di., 17.5.	14:00 Uhr	Skatrunde	Rostock	VS: Bremer Str. 24
Di., 7.6.	15:00 Uhr	Rosa-Luxemburg-Stiftung: Friedenspolitik im Ostseeraum (Vortrag und Diskussion mit Prof. Gregor Putensen)	Rostock-Evershag.	Mehrgenerationenhaus Maxim-Gorki-Str. 52
Di., 14.6.	14:00 Uhr	Skatrunde	Rostock	VS: Bremer Str. 24
Mo., 20.6.	16:30 Uhr	Ehrung Lieselotte Hermann bei Fachhochschule	Güstrow	Goldberger Str.
Sa., 27.8.	10-17 Uhr	12. Internationales Friedensfest	Graal-Mü.	Seebrücke



uns gelehrt: nicht nur die Opfer nicht vergessen, sondern auch die Täter nicht – und das nicht erst 70 Jahre später, sondern heute schon.

Vor einiger Zeit meinte ein Journalist in einer großen Tageszeitung, das Gegenteil von Faschismus sei nicht Antifaschismus, sondern funktionierende Demokratie. Mir klingt da der rheinische Singsang-Tonfall eines gewissen Goebbels in den Ohren: „Wir werden die Herren Demokraten diesmal mit ihren eigenen Waffen schlagen und mit Hilfe ihrer Demokratie ganz legal an die Macht kommen“ – was dann ja auch mit großen Mehrheiten bei den Reichstagswahlen 1932/33 geschah. Die jüngsten Landtagswahlergebnisse weisen da erschreckende Spuren auf. Demokratie – ja; aber nicht als Sprungbrett für die, die sie abschaffen werden, wenn sie die Macht dazu haben – ein „Blick nach Po-

len“ sollte uns aufrütteln, mit allen Mitteln und mit allen demokratischen Kräften sich mit solchen Antidemokraten auseinanderzusetzen. Und in diesem Zusammenhang noch ein Wort zur Flüchtlingsproblematik: nicht diejenigen sind zu bekämpfen, die aus Not und Verzweiflung und aus Angst vor Verfolgung ihre Heimat verlassen und in eine völlig ungewisse Zukunft fliehen, bekämpft werden müssen die Ursachen, die zu solchen Verzweiflungshandlungen führen – und die Verursacher dazu!

In diesem Sinne sollten wir den 70. Jahrestag unseres Denkmals für die Opfer des Faschismus begehen – ob nun am 5. Mai selbst oder, wie in den Jahren zuvor, im Anschluß an die Gedenkveranstaltung zum Tag der Befreiung am Puschkinplatz am 8. Mai.

Jürgen Weise, VVN-BdA Rostock

Impressum

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Geschäftsstelle Rostock
Kröpeliner Straße 24
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Markt 34, 18273 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Wolfgang Bergt, Peter Hörnig, Peter Möller, Dr. Carsten Penzlin
Layout: Carsten Penzlin
Internet: www.dielinke-rostock.de
E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Druckerei Weidner GmbH, Auflage: 1.200

Spendenkonto der LINKEN:
Landkreis Rostock:
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07
BIC: HYVEDEMM300
Hypo-Vereinsbank
Rostock:
IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84
BIC: NOLADE21ROS
OSPA Rostock
Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwählende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe
(Spende + Versandkosten)

Strudel der Inkonsequenz
(von Jürgen Riedel)

Würde Hitler noch leben
Merkel säße mit ihm nicht im Strandkorb
Anders bei Bush Nummer 2
Er überfiel den Irak Hitler Polen
Zyklon-B-Rassist
Machte Millionen wrackelblos
Dabbelju tauchte
Westliche nahöstliche Welt
In eisige Angst
Blutbäder mit roten Gichtspritzern
Explosionslautes Jahrhundert lang

Knotenzunge (von Janina Niemann-Rich)

Die Flusen-Fliege auf der Fliese
Fliegt flugs vorbei

Untertitel (von Janina Niemann-Rich)

Gesumtes Tête-à-Tête
Im Vorfrühlingsrausch

Soforthilfe und Programm für das studentische Wohnen

Bildungsminister Mathias Brodtkorb kündigte im November 2015 im Zusammenhang mit dem neuen Gesetz für Studierendenwerke großspurig an, dass über das Wirtschaftsministerium für den studentischen Wohnungsbau in den kommenden Jahren über 7 Mio. Euro fließen werden.



Obwohl der Zustand und der Sanierungsaufwand des Greifswalder Wohnheimes in der Makarenkostraße bekannt sind und seine Schließung ohne Finanzhilfe unausweichlich ist, geschieht nichts. Durch unseren regelmäßigen Kontakt mit den Studierendenwerken wissen wir, dass seit 2008 um Mittel für die Sanierung des Wohnheimes gekämpft wird. Alle Gespräche des Studentenwerkes Greifswald mit der Fachabteilung im Wirtschaftsministerium verliefen bislang ohne Ergebnis. Aus diesem Grund wollten wir einen Landtagsbeschluss erwirken, der eine Soforthilfe ermöglicht. Wir brauchen eine Soforthilfe außerhalb der Städtebau- und Wohnraumförderung in Höhe von 5 Millionen Euro! Mit der Soforthilfe könnte umgehend mit der Vorbereitung der Sanierung in Greifswald begonnen bzw. die Finanzierung der Sanierung in Rostock unterstützt werden. Passiert das nicht, wird das Greifswalder Wohnheim in einem Jahr geschlossen. Dann fehlen etwa 190 Wohnheimplätze. Das ist mehr als fatal, angesichts des angespannten Wohnungsmarktes und der ohnehin zu wenigen Wohnheimplätze in Greifswald (optimal wären 15 Prozent bezogen auf die Studierendenanzahl, tatsächlich sind es unter 9 Prozent, die Makarenkostraße mit eingerechnet). In Rostock haben wir eine ähnliche Situation. Die Studentenwohnheime in Lichtenhagen, Möllnerstraße 11, Häuser 3 und 4 werden für die Unterbringung von Flüchtlingen gebraucht. Teilweiser Ersatz für die fehlenden Wohnheimplätze soll in Warnemünde geschaffen werden. Das Haus

wurde unsaniert erworben und soll nun mit rund 3,4 Millionen Euro saniert werden, um 101 Wohnheimplätze zu schaffen. Das Rostocker Studierendenwerk greift für dieses Projekt auf seine Rücklagen zurück, ist dann aber kaum noch handlungsfähig für weitere Vorhaben. Deshalb würde eine Soforthilfe auch in Rostock die Situation enorm verbessern.

Ein weiteres Thema neben der Soforthilfe ist die Forderung nach einem Landesprogramm zum Bau und Sanierung von Wohnheimplätzen ab 2018. Aufgabe der Studierendenwerke ist auch die Sicherung des Wohnens. Mit dem kürzlich geänderten Studierendenwerk-Gesetz wurde die Höhe der Kreditaufnahme begrenzt, was die Möglichkeiten zusätzlich einschränkt. Darlehen helfen ohnehin kaum, weil dann die Mieten nicht mehr BAföG-gerecht wären. Im BAföG werden maximal 224 Euro als Bedarf für die Unterkunft anerkannt, ab Herbst sollen es 250 Euro sein. Deshalb

brauchen die Studierendenwerke eine Zuschussförderung, um weiter geringe Mieten zu ermöglichen.

Der Bund hat unlängst ein Bundesprogramm über 120 Millionen Euro für das studentische Wohnen aufgelegt, mit dem innovative Wohnbauprojekte gefördert werden sollen. Beispiele für solche Wohnbauprojekte sind flexible Wohnmodule, also leicht im Grundriss veränderbare Wohnungen, die sich auf für Wohngemeinschaften nutzen lassen. Diese Module sollen zunächst für Studierende und Auszubildende und später auch für Ältere genutzt werden können. Das Programm hilft jedoch für die Sanierung und den Umbau der vorhandenen Wohnheime nicht. Das Studierendenwerk Rostock will das Bundesprogramm nutzen, intensive Gespräche laufen bereits. Eine Soforthilfe würde ermöglichen, dass die Rücklage für solche neuen Projekte zur Verfügung stünden. Das sollte der Landtag unterstützen. Die meisten Länder haben längst erkannt, wie wichtig die Erweiterung des Wohnheimangebotes ist und fördern den Neu- und Umbau von Studentenwohnheimen. Nach Angaben des Deutschen Studentenwerkes fehlen bundesweit mindestens 25 000 Wohnheimplätze. Zudem gilt es die bestehenden Wohnheimplätze mit Zuschüssen zu sanieren, um preiswertes Wohnen für Studierende zu ermöglichen. Fehlen Wohnheimplätze, verschärft das die Situation auf dem Wohnungsmarkt zusätzlich. All das interessiert SPD und CDU herzlich wenig, sie lehnten den Antrag ab.

Eure Regine Lück



Gewinner: Das Frauenzentrum Lilith in Halberstadt gewann den diesjährigen Clara-Zetkin-Preis der LINKEN. Es bietet Frei- und Schutzraum für Mädchen sowie Begegnungs- und Kontaktmöglichkeiten für Frauen und Mädchen unterschiedlicher Nationalitäten, Altersgruppen, sozialer Schichten und Lebensweisen.

Verlierer: Sachsen-Anhalt

Monatszitate

„Die Bundesregierung setzt weiter hemmungslos auf Waffenexporte. Jetzt hat der Bundessicherheitsrat wieder einmal den Export von tausenden Sturmgewehren und Maschinenpistolen genehmigt. Dabei ist jede Waffenlieferung nach Indonesien eine Beihilfe zu Menschenrechtsverletzungen, jedes Sturmgewehr für die Emirate eine direkte Beteiligung am Krieg im Jemen. Wir brauchen endlich ein komplettes Verbot aller Kleinwaffenexporte, denn sie sind die Massenvernichtungswaffen unserer Zeit.“ Jan van Aken

Monatszähl

Laut einer Umfrage wünschen sich 44% der Deutschen eine staatliche Schranke gegen Spitzeneinkommen. Die Zustimmung ist vor allem in Ostdeutschland hoch, wo sich eine Mehrheit von 58% für die Idee aussprach. Katja Kipping hatte sich in der Vergangenheit mehrfach für eine solche Deckelung ausgesprochen. Als Zielmarke für eine Obergrenze wurde dabei 40.000 Euro im Monat genannt.

Preisrätsel

Sie können gewinnen, wenn Sie die folgenden Fragen richtig beantworten und Ihre Antworten an die Redaktion schicken. Wer den KLARTEXT aufmerksam gelesen hat, dürfte kein Problem haben.

1. In welchem Jahr wurde das Rostocker OdF-Denkmal eingeweiht?

2. Bleibt Kuba sozialistisch?

Die Gewinnerin/den Gewinner des Preisrätsels erwartet eine Buchspende der Buchhandlung im Doberaner Hof.

Die Antworten richten Sie bitte per Post oder E-Mail an die Redaktion, ein Redaktionsmitglied oder an einen der zwei Kreisvorstände Rostock oder Landkreis Rostock.

Einsendeschluss ist der 01.05.2016